

— Zwanzigster Jahrgang. —

Mr. 44.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 27. Oktober bis 2. November 1911.

Posen, den 7. November 1911.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 248 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 29. Oktober 1911:

Aufruf des polnischen Zentralwahlkomitees.

Im Sinne des § 12 der Satzungen des polnischen Zentralwahlkomitees bringen wir zur Kenntnis, daß diese Satzungen in folgenden Punkten geändert worden sind:

§ 3, 4 und 9 besagen jetzt:

§ 3. Die Mitglieder des polnischen Zentralwahlkomitees werden von den leitenden Behörden der polnischen Wahlorganisationen für 1. das Großherzogtum Posen, 2. Westpreußen, Ostpreußen und Pommern, 3. Schlesien, 4. das Emigrantentum aus ihrer Mitte gewählt.

§ 4. Das polnische Zentralwahlkomitee setzt sich aus 15 Mitgliedern und ebensoviel Vertretern zusammen, von denen das Großherzogtum Posen 6, West-, Ostpreußen und Pommern 4, Schlesien 3 und das politische Komitee für Berlin, Brandenburg und die anstoßenden Provinzen mit dem Sitz in Berlin, sowie das polnische Hauptwahlkomitee für Westfalen, Rheinland und die anstoßenden Provinzen mit dem Sitz in Bochum je eines wählen.

§ 9. Etwaige Fehlbeträge in der Kasse des polnischen Zentralwahlkomitees decken die einzelnen Wahlorganisationen im Verhältnis zu der Zahl der im polnischen Zentralwahlkomitee sitzenden Mitglieder, also das Großherzogtum Posen 6/15, West-, Ostpreußen und Pommern 4/15, Schlesien 3/15 und die polnischen Wahlkomitees in Berlin und Bochum je 1/15.

Das polnische Zentralwahlkomitee hat hinsichtlich der bevorstehenden Reichstagswahlen schon die Wahlkreise bestimmt, in denen Polen als Abgeordneten-kandidaten aufgestellt werden sollen.

Es sind dies die nachstehenden Wahlkreise:

A. Großherzogtum Posen.

1. Gnesen-Witkowo-Wongrowitz,
2. Kosten-Schmiegel-Grätz-Neutomischel,
3. Schrimm-Schroda,
4. Breschen-Pleschen-Jarotschin,
5. Krotoschin-Koschmin,
6. Adelnau-Ostrowo-Schildberg-Kempen,
7. Posen Stadt, Ost und West,
8. Hohenfalsa-Strelno-Mogilno,
9. Rawitsch-Gostyn,
10. Fraustadt-Lissa,
11. Schubin-Znin-Wirsz,
12. Samter-Birnbaum-Schwerin-Obornik,
13. Czarnikau-Filehne-Colmar,
14. Bomst-Meseritz,
15. Bromberg Stadt und Land.

B. West-, Ostpreußen und Pommern.

1. Elbing-Marienburg,
2. Danzig Stadt,
3. Danzig Land,
4. Neustadt-Puzig-Garthaus,
5. Berent-Stargard-Dirschau,
6. Stuhm-Marienwerder,
7. Rosenberg-Löbau,
8. Graudenz-Strasburg,
9. Briesen-Thorn-Culm,
10. Schwetz,
11. Konitz-Tuchel,
12. Schlochau-Flatow,
13. Deutsch-Crone,
14. Allenstein-Rößel,
15. Löben-Lyck-Johannisburg,
16. Orlensburg-Sensburg,
17. Osterode-Reidenburg,
18. Bütow-Schlau,
19. Stolp-Lauenburg.

C. Schlesien.

1. Falkenberg,
2. Kosel-Gr.-Strehlik,
3. Ratibor,
4. Oppeln Stadt und Land,
5. Leobschütz,
6. Neustadt D.-S.,
7. Gleiwitz Stadt und Land-Tost-Lublinitz,
8. Pleß-Rybnik

und ev. auch der Kreis Rattowitz Stadt und die Kreise Zabrze und Rattowitz.

D. Die Fremde.

In allen Wahlkreisen, in denen sich eine bedeutendere Zahl Polen befindet. Dabei bemerken wir, daß alle Wahlkreise auf dem rechten Elbufer zum politischen Komitee für Berlin und Brandenburg, auf dem linken Elbufer zum Wahlkomitee für Westfalen und Rheinland gehören. Bei den Reichstagswahlen wird im ersten Wahlgange stets auf den Polen gestimmt. Ausnahmen sind nur zulässig auf einstimmigen Beschluß des polnischen Zentralkomitees. Zu dessen Tätigkeiten gehört auch das Abschließen von etwaigen Kompromissen.

Posen, den 19. Oktober 1911.

Das polnische Zentralwahlkomitee.

Pfarrer Dr. v. Wolszlegier, Vorsitzender,
Dr. Rozanski, Schriftführer,
Pfarrer Barczewski, Julian v. Brzeski,
Dr. Gylla, Stefan Cegielski, Wlad. v. Grabski,
Maximilian Hante, Dr. Krysciewicz,
Dr. Laszewski, Pfarrer Wojzykiwicz,
Dr. Rozanski, San. Siforski,
Johann Wilkowski.

In der Zusammenstellung betreffend die schlesischen Wahlkreise fehlen völlig Beuthen-Tarnowitz und Kreuzburg-Rosenberg, und bei dem Wahlkreise Kattowitz-Zabrze ist wohl nur versehentlich jenes „ev.“ hinzugefügt worden.

Im übrigen verweist der Aufruf des Zentralkomitees die Hoffnungen der schlesischen Politiker, welche den Abschluß eines Kompromisses mit den Zentrumsleuten gleich für den ersten Wahlgang, und zwar für die Grenzmarken des Großherzogtums, in Westpreußen und im Emigrantentum empfahlen. Das Zentralkomitee fordert dazu auf, überall selbständige polnische Kandidaturen aufzustellen, und es steht in dieser Hinsicht im Einvernehmen mit der Ansicht der Allgemeinheit.

Aufruf des Provinzialwahlkomitees für das Großherzogtum Posen an die Kreiswahlkomitees.

Nach den bisherigen Mitteilungen werden die Reichstagswahlen auf den 12. Januar 1912 angefeht werden. Der Zeitraum, der uns von diesen Wahlen trennt, ist kein langer mehr; darum hält es das Provinzialwahlkomitee für angebracht, die Kreiskomitees zur Aufnahme der vorbereitenden Wahlarbeiten aufzufordern, in der Meinung, daß diese Arbeiten, welche große und zahlreiche Bemühungen beanspruchen, das Wesen der Wahlagitation bilden. Die geehrten Vorsitzenden der Kreiswahlkomitees wollen somit die Wahlarbeiten mit der Einberufung ihrer Komitees beginnen, zwecks Beratung und Ergänzung des Mitgliederfreies.

Seit den letzten allgemeinen Wahlen im Jahre 1907 sind bestimmt in manchem Komitee und Unterkomitee bedeutende Lücken entstanden und in den Wahlfassen Leere. Diese Lücken sind durch Berufung neuer und bereitwilliger Arbeiter auszufüllen und die Wahlfassen mit neuen Mitteln zu verstärken. Das so vervollständigte Komitee sollte sich in den Verhältnissen seines Kreises umsehen und gemäß den erreichten Angaben einen genauen Plan des ganzen Wahlfeldzuges ausarbeiten. Ohne diesen von vornherein aufgestellten Plan kann von einer systematischen und wirksamen Wahlagitation nicht die Rede sein; es werden das nur freiwillige Anstrengungen sein. Wenn man einen Plan des Wahlfeldzuges aufstellt, so muß man das Ergebnis der letzten Wahlen zur Grundlage nehmen. Namentlich muß man prüfen, wieviel polnische Wähler es im Kreise gegeben hat und wieviel für den polnischen Kandidaten gestimmt haben. Doch genügt es nicht, das prozentuale Verhältnis der Stimmenden im allgemeinen festzustellen; man muß in den Einzelheiten die Ursachen kennen lernen, wegen deren eine bestimmte Anzahl polnischer Wähler überhaupt an der Abstimmung nicht teilgenommen hat und weshalb andere den Gegnern ihre Stimme gegeben haben.

Man muß alle Ortschaften, die von Polen bewohnt werden, der Reihe nach durchgehen, den Grad ihrer politischen Aufklärung, des Nationalbewußtseins und der erblichen Abhängigkeit von Fremden untersuchen, um für jede Ortschaft nach Bedarf eine entsprechende Form des Verfahrens zu organisieren. Besondere Hut muß man namentlich über die polnischen Wähler erstrecken, welche, in nationaler Hinsicht passiv, ihrer bürgerlichen Rechte unbewußt, unter dem Einfluß fremder Brotgeber stehen.

Tausende von Stimmen würden unsere polnischen Kandidaten namentlich in für uns unsicheren Wahlkreisen gewinnen, wenn wir mittelst einer ihrer Aufgabe sich bewußten Wahlagitation an diese Kategorie von Wählern herangelangen. Die Wahl der dazu führenden

Mittel wird von den Kreiskomitees als von den auf Grund gewissenhafter Prüfung mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten Faktoren abhängen. In kurzem werden auch die Wählerlisten ausgelegt werden. Auf die Wichtigkeit der Durchsicht derselben müssen jetzt schon breitere Kreise aufmerksam gemacht werden.

Posen, 26. Oktober 1911.

Das Provinzialwahlkomitee für das Großherzogtum Posen.

Stefan Cegielski, Dr. Krysciewicz,
Vorsitzender. Schriftführer.

Julian v. Brzeski, stellv. Vorsitzender.

Wlad. v. Grabski. Dr. Thaddäus v. Jackowski.

Dr. Kubacki. Pfarrer Mojzykiiewicz.

Johann v. Zoltowski.

Aus Nr. 246 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 27. Oktober 1911:

Wir erfahren, daß der Abgeordnete

Dr. Siegmund v. Dziembowski

den Kreiswahlkomitees des Wahlkreises Hohenalza-Strelno-Mogilno die Erklärung hat zugehen lassen, daß er bei den künftigen Reichstagswahlen nicht kandidieren werde.

Aus Nr. 250 des Kurjer Poznański (Posen)
von 1. November 1911:

Der Abgeordnete Dr. v. Trzcinski

teilt uns mit, er könne weiterhin nicht kandidieren, denn seine persönlichen Verhältnisse hätten sich so gestaltet, daß sie ihm vor der Hand nicht gestatteten, öfter nach Berlin zu fahren. Er könnte es aber mit seinem Gewissen nicht vereinbaren, die Abgeordnetenpflichten zu vernachlässigen. Angesichts dessen werde er von seinem Entschluß den Kreiskomitees Mitteilung machen.

Der Abgeordnete v. Trzcinski vertritt bekanntlich den Wahlkreis Krotoschin-Koschmin, und er ist einer der demokratischen Abgeordneten, mit dessen Kandidatur sich einverstanden zu erklären dem gegnerischen Lager nicht schwer fiel. Leider wissen wir, daß der Entschluß des Abgeordneten v. Trzcinski endgültig ist, sodaß die maßgebenden Faktoren sich werden nach einem anderen Kandidaten umsehen müssen. Bezüglich des Abgeordneten von Santa-Polczynski ist der Kurjer dahin informiert, daß der Genannte sich gewiß schlüssig machen wird, in der Kaschubei zu kandidieren, während der Abgeordnete v. Grabski im Wahlkreise Gnesen-Wongrowitz-Wittkowo weiter verbleibe.

Aus Nr. 246 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 27. Oktober 1911:

In Sachen des Posener Mandats.

In Sachen des polnischen Wahlkompromisses im Großherzogtum bringen manche polnischen Blätter der übrigen Gebietsteile sowie deutsche Zeitungen die Mitteilung, als ob es sich um ein Kompromiß zwischen der „polnischen Volkspartei“ und den Konservativen handle. Diese Notiz haben sogar einige Blätter in unserm Gebietsteil wiedergegeben. Sie bedarf der Aufklärung. Bei dem Kompromiß kommen in Rechnung:

der demokratisch-nationale Verein, sowie das Bürger-Kasino. Um die Standarte des demokratisch-nationalen Vereins sind die frühere Volksbewegung und die jüngeren demokratisch-nationalen Elemente gruppiert. Dagegen hängt mit dem Kompromiß nicht zusammen die sogenannte „Volkspartei“ in Posen, eine kleine lokale Gruppe von Arbeitern, welche Nebeneinflüssen unterworfen ist, schon bei den vorigen Wahlen gegen die demokratisch-völkische Bewegung austrat und gegenwärtig ähnliche Absichten hat. Soviel zur Aufklärung der allgemeinen Lage. Jetzt kommen wir auf die Lage im Wahlkreise Posen zurück. Die nach dem Kompromiß strebenden Faktoren wünschen u. a. eine friedliche Wahl des Abgeordneten Nowicki, welcher — wovon wir von vornherein überzeugt gewesen sind — durch seinen Charakter und durch seine rechtschaffene politische Denkungsart sich Sympathien sowohl in der polnischen Fraktion, als auch unter den angesehenen Elementen auf der rechten Seite der Volksgemeinschaft erworben hat. Diese Elemente hätten zweifellos bei den vorigen Wahlen der demokratisch-völkischen Bewegung gegenüber einen maßvolleren Standpunkt eingenommen, hätten sie die Person des Kandidaten näher gekannt, hinsichtlich dessen der demokratisch-nationale Verein nicht leichtsinnig verfuhr, als er ihn mit dem Vertrauen bedachte. Wir sind auch davon überzeugt, daß beide Seiten, die das Kompromiß wünschen, es loyal halten werden auf dem Terrain von ganz Großpolen, u. a. auch im Wahlkreise Posen.

Aber außerhalb dieser beiden Lager gibt es Kreise, denen dieses Kompromiß ungelegen ist und welche, wie wir positiv wissen, bestrebt sein werden, in unsere Wahlbewegung Verwirrung hineinzutragen. Etwas anderes ist es, welchen Erfolg diese Bestrebungen haben werden. Es verschlägt jedoch nichts, die Wege zu charakterisieren, welche diese Bestrebungen zu gehen beabsichtigen und welche sie sogar schon betreten haben.

Man will nämlich vor Allem den Gärstoff der Uneinigkeit in die demokratisch-völkischen Reihen im Wahlkreise Posen tragen. Zu diesem Zweck hat man unter den hiesigen breiten Volkschichten das Gerücht verbreitet, der Redakteur unsres Blattes habe im Wahlkreise Posen auf Kosten des Nowickischen Mandats zu kandidieren beabsichtigt. Die Anhänger unsrer Bewegung wissen wohl, was von diesem Gerücht zu halten ist; es ist offenkundig eine politische Intrigue von ziemlich gewöhnlicher Art. Man hat sich um den demokratisch-nationalen Verein gruppierenden Arbeiterkreisen heraus in dieser Sache an uns gewendet, uns die Reibereien vorgestellt, zu welchen es zwischen den Anhängern unsrer Bewegung und jenen versteckten Intriganten gekommen sei und uns ersucht, die Sache öffentlich zur Sprache zu bringen mit Rücksicht auf die politisch minder gebildeten Wählerkreise.

Indem wir diesem Wunsche nachkommen, stellen wir kurz fest, daß schon bei der letzten Stadtverordnetenwahl der Redakteur unsres Blattes ausdrücklich erklärt hat, es sei sein entschiedener Entschluß, sich überhaupt von allen Repräsentationen, — kommunalen oder politischen — fernzuhalten, da er es als seine Pflicht ansehe, für andre und nicht für sich zu kämpfen.

Über die angebliche Absicht, die Kandidatur des Abg. Nowicki zu beseitigen, werden wir uns überhaupt nicht auslassen, denn das ist wohl ganz überflüssig. Selbstverständlich werden wir ebenso wie beim vorigen Male in den Hauptwählerversammlungen in Posen, soweit als erforderlich, persönlich nach der Richtung hin bestrebt sein, daß die Kandidatur des Abg. Nowicki überall an erster Stelle durchkomme. Dann wird sich vielleicht Gelegenheit finden, öffentlich mit

denen zu diskutieren, die sich fürs erste einzig zu einer unredlichen, wider besseres Wissen betriebenen unterirdischen Arbeit aufschwingen können. Die demokratisch-völkische Bewegung ist so stark, daß sie diesen, gelinde gesagt, unruhigen Geistern die gehörige Antwort geben wird.

Von einigen Seiten her hat man uns noch gefragt, ob die neue Aufstellung der Kandidatur des Abg. Nowicki nicht Schwierigkeiten bezeugen werde mit Rücksicht auf seine berufliche Stellung. Wir können diese Befürchtung zerstreuen und bekannt geben, daß der Kandidatur Nowicki nichts hindernd im Wege steht.

Aus Nr. 246 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 27. Oktober 1911:

Die Kapitulation des Kasinos.

Als die Nationaldemokratie vor einigen Jahren bei den Wahlen einen fast maßgebenden Einfluß gewann, entstand das Bürgerkasino. Die Geburt fand im Stillen stand. Niemand wußte, wer zu dieser Verbindung gehöre; man sagte nur, Herr v. Turno sei an die Spitze dieser Organisation konservativen Charakters, die den Kampf mit der Nationaldemokratie durchführen sollte, getreten.

Wir haben von vorn herein kein großes Vertrauen zu dieser Organisation gehabt, da wir wußten, daß Herr v. Turno-Objektierze sich des Vertrauens der agrarischen Kreise erfreue, daß er allzu extrem sei und mit Rücksicht darauf, daß konservative Richtungen in Großpolen niemals auf ihre Rechnung gekommen sind. Darum haben auch unsre nicht zahlreichen Konservativen, welche die Agrarier politisch zusammenscharen wollten, dies im Stillen getan, ohne Veröffentlichung eines genauen offiziellen Programms. Die Organisation fand als „gesellige Vereinigung“ des Agrariertums statt. Auf diese Weise gewann man Mitglieder, welche versagt hätten, sofern es sich um die Gründung einer konservativen Partei gehandelt hätte.

Unser auf aufrichtig völkischen Boden stehendes Blatt hatte kein Vertrauen zu der Organisation unsrer Notablen; aber wir erwarteten von dem traditionellen Patriotismus unsrer Agrarier, daß sie nach der Beseitigung der üblen Einflüsse der Nationaldemokratie, des übermäßigen Begünstigens der Nationaldemokraten bei der Mandatsbesetzung streben würden, einer Begünstigung, welche geschieht, trotzdem die Nationaldemokraten für die Stellung unsrer Verteidiger in Berlin absolut nicht taugen.

Im Kasino erblickten wir eine gewisse Macht, welche der verderblichen Diktatur der Kurjer-Redaktion entgegenwirken könnte; denn der Einfluß des ländlichen Bürgertums auf die Wahlen ist zweifellos bedeutend, namentlich wenn dieses Bürgertum geruhen wollte, sei es auch nur in der Wahlzeit, sich an die Arbeit zu machen, wenn es verstände, daß es sich dem Volke nähern, seine Wünsche berücksichtigen und ihm Achtung und ein Herz zeigen müsse. In der Zeit der Wahl Nowickis verlautete aus Kurjerkreisen, die Agrarier würden nicht gestatten, daß bei den künftigen Wahlen das Volk gegen den Adel aufgebracht werde; das Kasino werde gegen die Nationaldemokratie kämpfen. Man sprach von der Gründung eines Blattes für das Volk, man sammelte Geld zu Agitationszwecken, und es entstand in der Kurjerpartei, die da selbst weiß, wie schwach sie in Wirklichkeit ist, eine Panik.

Nach diesen hochtrabenden Ankündigungen hat man in dem Moment, in welchem erwartet wurde, daß wir das Kampfeshorn hören würden, im Kasino die weiße Fahne aufgesteckt, hat man kapituliert.

Um das Mandat des Grafen Mielzynski zu retten, welches sich, da es von den Deutsch-Katholiken abhängt, zum Kampfe nicht eignet, sowie um Herrn v. Morawski sicher zu stellen, dessen Wahlkreis keineswegs von der Nationaldemokratie abhängt, hat man den Rest der Wahlkreise der Nationaldemokratie überlassen.

Die Kapitulation des Kasinos zugunsten der Kurjerpartei ist um so kläglicher, als die Vertreter des Kasinos in deutschen Kreisen in Berlin versichert haben, bei den künftigen Wahlen werde man die radikalen allpolnischen Elemente, die im Lande nicht die Mehrheit hätten, beseitigen. Heute kann niemand das Kasino und gewisse seiner Anhänger, die in Berlin eine Aktion auf eigene Faust versuchten, ernst nehmen. Diese versteckte Arbeit ist beseitigt, — das ist der einzige Nutzen der Kapitulation, die außerhalb der Grenzen unserer provinziellen Politik eine hervorragende und bezeichnende Tatsache bildet.

Das Bündnis mit der Nationaldemokratie und damit die Anerkennung ihrer Herrschaft auf der ganzen Linie zwecks Sicherung eines oder zweier Mandate zeugt davon, daß das Kasino in dem Moment, als es zum ersten Male zum Kampfe um die Grundsätze, um Wahlen zum Wohle des Landes eintreten sollte, kapituliert hat, und das um so kläglicher, als dies ohne einen Schuß geschehen ist.

Das Kasino steht doch wohl auf dem Standpunkt, daß die nationaldemokratische Richtung für die Volksgemeinschaft verderblich ist; man hat das Kasino gegründet, um diesen Einfluß zu bekämpfen und zu lähmen. Es galt also, für die Beseitigung des Einflusses des Kurjer in der Fraktion und im Lande zu sorgen. Indes soll dieser Einfluß nicht nur weiter bestehen und herrschen, indes verzichtet das Kasino nicht nur auf den Kampf um die Grundsätze und Ideale, sondern es sichert geradezu der Nationaldemokratie die Mehrheit in der Fraktion und erschwert damit den Kampf freien national gesinnten Bürgern, welche den verderblichen Einfluß der Nationaldemokratie beseitigen wollen.

Die Abmachung zwischen dem Kurjer und dem Kasino ist geradezu unmoralisch, denn es opfert die Grundsätze Parteirücksichten. Diese Abmachung könnte man verstehen, wenn es sich um unsere Sache in Berlin handelte, wenn ihr Zweck die Beseitigung unpassender Persönlichkeiten und die Wahl von Leuten wäre, die sich durch Sachkenntnis, Arbeit und hervorragende Fähigkeiten ohne Rücksicht auf den Parteistandpunkt empfehlen.

Die Liste der Kompromißabgeordneten zeigt, daß an Rücksichten auf das allgemeine nationale Wohl niemand gedacht hat. Im Gegenteil, dieses Kompromiß zwischen Kurjer und Kasino bildet eine große Gefahr für unseren nationalen Charakter.

Bisher haben wir sogar an dem Gegner Standhaftigkeit der Grundsätze und des Charakters geschätzt, man verurteilte die Zweideutigkeit und die List, auf Kosten der eigenen Überzeugungen um die Gunst der Gegner zu buhlen. Jetzt ist der Held des Tages, wer sich die Gunst der Leute vom Kurjer und vom Kasino zu erwerben weiß.

Auf diese Weise beginnt sich bei uns die Herrschaft von Leuten ohne ausgeprägten Charakter und unterschiedenes Handeln, und damit geistige Mittelmäßigkeit herauszubilden, welche deshalb bei beiden Parteien in Achtung stehen wird; denn die Mittelmäßigen besitzen entweder die Tugend des Schweigens oder der Gedankenlosigkeit. So erziehen wir eine neue Art Politiker nach dem Muster der ethisch am niedrigsten stehenden Partei der Nationaldemokraten, welche konfessionsdemokratische Reden halten.

Die Herrschaft solcher Politiker würde von dem moralischen Sinken der Volksgemeinschaft zeugen.

Herr v. Turno hat mit dem Redakteur des Kurjer den Wahlschacher perfekt gemacht. Wir haben das Recht, diesen Ausdruck in dem jetzigen Moment zu gebrauchen, denn es handelte sich nicht um die Einigkeit im Schoße der Volksgesamtheit unter dem Patronat unserer nationalen Organisationen, sondern um einen Handel im Parteinteresse.

In der Montagnummer fordert der Dziennik mit Recht, daß die Reichstagsfraktion Wünsche äußere, welche Kräfte zu unserer nationalen Verteidigung nötig seien. Schon früher hat man eine Zusammenkunft der Fraktionen und Komitees mit den Delegierten verlangt, um über die Wahlen und über die Politik unserer Fraktionen nachzudenken. Das Einverständnis mit der Wahl der von unsrer derartigen Repräsentationen empfohlenen Persönlichkeiten würde den nationalsozialen Bedürfnissen entsprechen.

Aber vor einer solchen Aktion fürchtete man sich im Kasino und im Kurjer. Man will nicht, daß sich jemand in die Parteintrigen mische, die Parteipläne durchkreuze. Statt nationaler Eintracht haben wir somit einen Parteihandel um die einzelnen Mandate.

Die Kapitulation des Kasino wird auch ohne Einfluß auf die Wahlen bleiben. Es wird einiger Zeit bedürfen, ehe das Volk erkennen wird, daß seine Stimmen den Gegenstand eines Handels der Posener Leute bilden.

Aber das Volk reißt heran; es beginnt zu denken und tritt aus der Aschenbrödelrolle heraus. Dann wird es ein Verdammungsurteil über die fällen, welche um seine Kleider wülfelten. Dann wird die herrliche Kurjer Diktatur zusammenstürzen, aber gleichzeitig wird der Einfluß des Adels und der Agrarier enden. Sie konnten gegenwärtig die Losung „Mit dem polnischen Adel das polnische Volk“ entfalten; statt dessen zogen sie es vor, sich dem Kurjer zu unterwerfen und gegen das Volk zu gehen. Diese Tatsache wird das Volk nicht vergessen.

Bei den Wahlen sollten die Aufgeklärten gegen die Kandidaturen protestieren, die ihnen durch die dem Kurjer ergebenen Leute aus der Posener Intelligenz aufgedrängt werden, und sie sollten schon zur Befundung ihrer Unabhängigkeit ihre Leute aufstellen. Der Einfluß des Kurjer und des Kasino auf die Volkspresse ist bedeutend, aber nicht entscheidend.

Unabhängige Blätter werden dem Volke schätzenswerte Fingerzeige geben, und die Losung des Volkes bei den Wahlen sollte sein: Stimmenabgaben gegen die Kurjer- und Kasinoleute.

Aus Nr. 247 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 28. Oktober 1911:

Aus Anlaß der Verständigung betreffs der Wahlen, die zwischen dem Kasino und der Nationaldemokratie stattgefunden hat, bringt der Goniec unter dem Titel „Die Kapitulation des Kasinos“ einen Artikel, in welchem das Blatt u. a. behauptet, Herr v. Turno nebst dem Redakteur des Kurjer hätten den Wahlschacher erledigt. Diese Behauptung stützt sich einzig auf Vermutungen und stimmt mit der Wahrheit nicht überein. An den Verhandlungen zwischen dem Kasino und der Nationaldemokratie hat Herr v. Turno, der übrigens schon seit einigen Jahren dem Vorstand des Kasinos nicht angehört, nicht teilgenommen.

Aus Nr. 250 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 29. Oktober 1911:

In Sachen der kommenden Wahlen.

Die leitenden Faktoren der Posenr Demokratie und der Konservativen haben sich über die kommenden Wahlen bereits verständigt. Es werden überwiegend die gleichen Kandidaten sein wie bisher. Ausnahmen bilden nur der kujawische Bezirk und der Kreis Wirsi-Schubin-Znin. In dem einen tritt Herr Dziembowski zurück (wegen Reisen) und im andern der berühmte Abgeordnete Leon Czarlinski wegen seines hohen Alters. Bezüglich des Kreises Gnesen-Bittowo-Wongrowitz bewahrheiten sich die ursprünglichen Gerüchte nicht, und der Abgeordnete Grabski wird sicherlich wieder durchkommen.

Es handelt sich also im Großherzogtum um zwei neue Abgeordnetenandidaten. Der Kurjer Poznański und ein Teil der interessierten Wahlbehörden schlagen den Propst Kurzawski aus Pakosch für den Wahlkreis des Abgeordneten Czarlinski vor. Wir wundern uns hierüber garnicht, denn dieser Kandidat muß in der Tat jedem sympathisch sein, und stolz kann der Wahlkreis sein, der ihn nach Berlin schickt. Indessen würden wir es lieber sehen, wenn Propst Kurzawski einen völlig sicheren Wahlkreis erhalten würde, denn eine Kraft wie der Propst Kurzawski muß unbedingt in die polnische Reichstagsfraktion eintreten, in welcher in der Tat nicht allzu viele Talente und wackere Arbeiter sitzen. Was liegt also näher, als an die Aufstellung des Propstes Kurzawski im Wahlkreis Mogilno-Strelno-Hohenfalza zu denken? Er wohnt doch sogar in diesem Kreise, und desto mehr gebührt ihm deshalb dieser Kreis.

Für Herrn L. Czarlinski wird sich sicherlich ein würdiger Nachfolger finden. Es braucht nicht durchaus der Propst Kurzawski zu sein. Wenn es sich um die Agitation handeln wird, dann wird sicherlich Propst Kurzawski seine wertvolle Hilfe dem bedrohten Wahlfreie nicht veragen.

Aus Arbeiterkreisen gehen uns Wünsche zu, für den Bezirk Bromberg eine Arbeiterkandidatur aufzustellen. Diese Wünsche unterstützen wir lebhaft.

Aus Nr. 250 des Lech (Gnesen)
vom 31. Oktober 1911:

Die Gerechtigkeit des Vatikans gegenüber der polnischen Nation.

Der Osservatore Romano kündigt für den 27. und 30. November ein päpstliches Konsistorium an, in welchem der Papst 17 neue Kardinäle ernennen wird, darunter 10 Italiener.

Von den polnischen Prälaten wird nicht ein einziger den Kardinalshut bekommen. Und doch würde uns ein Kardinal, wenn auch nur an Stelle des verstorbenen Kardinals Puzyna, zukommen, besonders da es nicht einen einzigen polnischen Kardinal gibt, trotzdem die polnische Nation 20 000 000 Katholiken zählt. Wir haben hier im preußischen Anteil einen um die Sache der katholischen Kirche höchst verdienten Mann in der Person des Bischofs Dr. Likowski, der zum Überschuß in diesem Jahre sein fünfzigjähriges Priesterjubiläum feiert. Ihm hätte in erster Linie die Kardinalswürde gebührt. Es ist bekannt, daß die preußische Regierung die Ernennung des Bischofs Likowski zum Kardinal nicht wünscht, weil dadurch die polnischen Einflüsse gekräftigt werden würden, und der Vatikan erfüllt eifrig die Befehle aus Berlin, weil er

es mit der mächtigen preußischen Regierung nicht verderben will. Daß der polnischen Nation großes Unrecht geschieht, geht die vatikanischen Diplomaten augenscheinlich nichts an, ob aber die katholische Sache dabei gut fahren wird, das muß man entschieden bezweifeln. Es fällt auch die große Zahl der neuen italienischen Kardinäle auf. Es macht den Eindruck, als ob diese Würde in der Tat eine Sinecure der italienischen Edelleute ist, die in Scharen sich dem geistlichen Stande widmen und in ihm Karriere machen.

Aus Nr. 243 des Gazeta Polska (Kösten)
vom 25. Oktober 1911:

Die „gerechte“ Teilung Polens.

Die in Landsberg an der Warthe erscheinende „Neumärkische Zeitung“ gibt einige Aufgaben an, welche die Lehrer bei den Prüfungen zur Bearbeitung erhalten. Und so erhielt ein in einem rein polnischen Dorfe amtierender Lehrer eine solche Aufgabe:

„Wie behandeln Sie in ihrer Schule die Teilung Polens?“

Der Lehrer machte in seiner Arbeit auf die wirtschaftliche und politische Spannung des Polenreiches im 18. Jahrhundert aufmerksam und hob hervor, daß die Einverleibung der polnischen Landesteile mit Preußen den Bewohnern eine bedeutende Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse gebracht habe usw. Trotzdem der Lehrer sein Thema ebenso erledigt hat, wie es ein Mitglied des „Ostmarkenvereins“ auch nicht besser hätte tun können, bestand er dennoch die Prüfung nicht. Das hat der Lehrer natürlich nicht erwartet. Man sagte ihm aber:

„Sie haben eine sehr wichtige Sache vergessen. Sie haben nämlich nicht hervorgehoben, daß die Teilung Polens eine gerechte Sache gewesen ist. Aus diesem Grunde haben Sie die Prüfung nicht bestanden.“

Wir wissen es nicht, ob die erwähnte Zeitung eine Tatsache berichtet hat, oder ob sie die Lehrerprüfungen nur verhöhnern wollte. In der Annahme jedoch, daß ein solcher Fall wirklich vorgekommen ist, bedauern wir die Lehrer, welche man auf diese Weise zwingt, die moralischen Grundsätze zu verleugnen. Wenn die Teilung Polens eine edle und gerechte Tat gewesen ist, warum sind denn heute alle deutschen Blätter auf die italienische Regierung wegen ihres Überfalls auf Tripolis, welchen sie für einen Straßenraub halten, so empört? Die Teilung Polens war doch eine viel ungerechtere Tat als die Einnahme von Tripolis. Das muß eine traurige Moral sein, die die Lehrer verbreiten, welche gezwungen sind, dem polnischen Kinde eine im höchsten Grade ungerechte Tat als ein gerechtes und edles Werk hinzustellen. Kein Wunder, daß bei solchen Grundsätzen jegliche Moralität aus Preußen schwindet. Polnische Eltern! Ihr habt hier also wiederum ein Beispiel, wie die Schule bemüht ist, auf eure Kinder einzuwirken. Klärt sie in nationaler Hinsicht auf und erlaubt es nicht, daß in ihre Herzen das Gift des Unwillens gegen das eigene Vaterland eingimpft werde.

Aus Nr. 249 des Orędownik (Posen)
vom 31. Oktober 1911:

Um die Solidarität der Stadtverordnetenfraktion.

Schon seit längerer Zeit herrscht in Kreisen, die in den Gang der Angelegenheiten der Stadtverord-

netenversammlung näher eingeweiht sind und die Verhältnisse in der Stadtverordnetenfraktion kennen, lebhafteste Unzufriedenheit wegen Erscheinungen des Mangels an Solidarität in der Fraktion. Bisher suchte man diese Erscheinungen zu vertuschen. Man ersuchte die Referenten der polnischen Zeitungen um Diskretion, um nicht in der Volksgemeinschaft Argernis hervorzurufen. Wir meinen, daß die Taktik des Schweigens der Presse, die in der Stadtverordnetenfraktion herrschenden Verhältnisse nicht gesunden machen wird. Der beste Beweis hierfür sind die Tatsachen. Auch müßte langes Schweigen um so größeres Argernis in der Volksgemeinschaft hervorrufen, sofern der ungeheure Keim in der Fraktion sich so auszuwachsen würde, daß er die Organisationschranken sprengen und zu lauter Explosion führen würde.

Darum konnte es auch nicht ausbleiben, daß diese Sache im Wahlkomitee für die Stadt Posen ein lautes Echo fand. Die Mitglieder des Komitees, welche Stadtverordnete sind, waren natürlich durch Kollegialitätsrücksichten gebunden. Was jedoch dessen ungeachtet festgestellt und was übrigens in journalistischen und politischen Kreisen schon vorher bekannt war, ist von der Art, daß wir es als Pflicht ansehen, die Sache öffentlich zur Sprache zu bringen.

Durch ein außerordentlich festes Gefüge zeichnet sich unsere Stadtverordnetenfraktion überhaupt nicht aus. Manche Mitglieder der Fraktion begegnen einander mit persönlichem Übelwollen. Aber das wäre schließlich nicht so schlimm, solange diese Reibereien die Solidarität der Fraktion nach außen hin nicht angreifen. Leider ist es schon mehrfach dazu gekommen. Einer unserer Stadtverordneten ignoriert nicht nur überwiegend die Versammlungen der Fraktion, sondern er schätzt auch deren ausdrückliche Beschlüsse gering, indem er im Plenum gegen diese Beschlüsse spricht und stimmt.

So war es z. B. mit der Angelegenheit der Umänderung der bespannten Feuerwehr in eine Automobil-Feuerwehr. Die Fraktion beschloß gegen die Änderung zu stimmen; jener Stadtverordnete sprach unter Bruch der Solidarität dafür, und die Fraktion, die sich nicht bloßstellen und ihre Disharmonie nicht eingestehen wollte; stimmte schließlich auch für die Änderung entgegen dem eigenen Beschluß. Oder ein anderes Beispiel: Die Fraktionsmitglieder haben zwar an dem offiziellen Akt der Grundsteinlegung für die neue Warthebrücke teilgenommen, sie waren aber übereingekommen, daß ihre Beteiligung eine vollständig passive sein sollte. Zwei Herren blieben trotzdem länger und sie — tranken mit den Deutschen und Juden Wein. Der eine von ihnen entschuldigte sich in einer Form, die mit dem Ansehen eines Vertreters der polnischen Bevölkerung nicht harmonierte, damit, daß er getrunken habe . . . weil es heiß gewesen sei, und übrigens habe man ihn hohen deutschen Beamten vorgestellt.

Die polnische Bevölkerung der Stadt Posen hat das Recht, sich ein derartiges Verfahren ihrer Vertreter zu verbitten, und vor allem hat sie das Recht, zu verlangen, daß unsere Stadtverordneten nach außen hin absolute Solidarität beobachten. Wenn die Fraktion sich nicht selbst zur Energie aufschwingt, um alle ohne Ausnahme zur Solidarität zu zwingen, dann werden sich unsere Posener Wahlbehörde und die Posener Wähler mit dem Stadtverordneten, welcher die Solidarität der Fraktion sprengt, auseinandersetzen. Vor der Hand werden wir Namen, speziell den des einen Stadtverordneten nicht nennen; wir werden das aber unbedingt tun, wenn nicht bald eine Besserung der Verhältnisse eintreten sollte.

Aus Nr. 245 der Gazeta Polska (Kosten)
vom 27. Oktober 1911:

Die Wahlen in Puniß.

Puniß, den 24. Oktober 1911.

Wie in vielen Städtchen so finden auch bei uns am 2. November d. Js. Ergänzungswahlen für die städtischen Körperschaften statt. Zwecks Aufstellung der Kandidatenliste berief das Bürgerkomitee zum 22. d. Mts. eine Wählerversammlung, welche im Saale des Herrn Ratajczak am Viehmarkt tagte. An der Versammlung nahmen etwa 300 Bürger teil.

Der Stadtrat, Herr Miskiewicz, erstattete den Rechenschaftsbericht, und Geistlicher Skrzydlewski ermahnte in mehrfachen Anreden die Wähler, am Wahltage ihre Pflicht zu tun und würdige Vertreter, die willens wären, die Bürgerrechte erfolgreich und würdig zu verteidigen, die Gegner nicht unnötig anzugreifen und so Streitigkeiten hervorzurufen, in die Stadtverordnetenversammlung zu wählen.

Ob diese edle Ermahnung des ehrwürdigen Seelsorgers richtig verstanden werden? Ich verneine dies. Den Beweis hierfür lieferte der Verlauf der Versammlung unserer deutschen Bürger, die gleichzeitig im Schützenhause ihre Wählerversammlung abgehalten haben. Dort ermahnte Herr W. seine Freunde, doch nicht zu fürchten, einem Deutschen die Stimme zu geben, denn die Polen der Umgegend werden sowieso bei den Deutschen — wie es bisher war — faulen! Er empfahl zum Kandidaten nicht etwa einen Herrn von achtbarer und friedlicher Gesinnung, sondern gerade einen solchen, der geradezu darauf ausgeht, seine antipolnische Gesinnung bei jeder Gelegenheit zu markieren.

Durch die Aufstellung eines ausgesprochenen Gegners des Polentums zum Kandidaten, zeigen unsere Mitbürger den deutlichen Willen, uns zu unterdrücken. Und solche Menschen werden durch die umwohnenden Gutsbesitzer, Wirte und Arbeiter mit ihren Groschen unterstützt!

Geehrte Stammesbrüder der nächsten Umgegend von Puniß wacht auf und kommt zur Besinnung. Wie lange wollt ihr es erlauben, daß diejenigen, welche von euch leben, uns, eure Mitbrüder bedrücken, und überdies euch noch öffentlich höhnen, daß ihr sowieso euer Geld zu ihnen tragen werdet, ohne an die Solidarität zu denken.

Ich bin der Meinung, daß angesichts dieser angreifenden Stellung unserer Busenfreunde jeder Punißer Bürger am Wahltage seine Pflicht tun wird in dem Bewußtsein, daß im Falle unserer Niederlage der Schimpf und die Verantwortung auf ihn fällt, weil die Wählerliste unser numerisches Übergewicht aufweist.

Ein Bürger aus Puniß.

Aus Nr. 250 des Lech (Gnesen)
vom 31. Oktober 1911:

Wittkower Versammlungen.

Die Wittkower haben sich mit der Veranstaltung und Einberufung sozialwirtschaftlicher Versammlungen ein Armutszeugnis ausgestellt. Im Laufe der letzten vier Wochen wurden dort nämlich sogar zwei Versammlungen auf so lächerlich unzulängliche Art einberufen und organisiert, daß beide nicht zu stande kamen. Hieran trug nicht die Polizei die Schuld, sondern die Schuld lag einzig und allein an den

Witkowoern. Zu der angekündigten und einberufenen Sonntagsversammlung erschienen nämlich: Der vom Vorstand der Polnischen Berufsvereinigung als Redner delegierte Joseph Trzebniak aus Posen, der Bericht-erstatte des Lech und — — der preußische Gendarm aus Witkowo. Es fehlten also „nur“ die Versammlungs-teilnehmer aus Witkowo. Man dachte, daß die die Kirche verlassenden Volksscharen in die Versammlung eilen würden, es zeigte sich dann aber, daß diese Scharen von einer Versammlung nichts wußten.

Aus Nr. 1 der Brzask (Posen)
vom 15. Oktober 1911:

Statistik
der an den höheren Unterrichtsanstalten in
Deutschland studierenden polnischen Jugend.
(Wintersemester 1910/11.)

Beim Bringen der Statistik für das Jahr 1909/10 war in einer Zeitschrift der Jugend gesagt worden: Die Statistik soll die Jugend dazu ermuntern, als Studienort Städte auszuwählen, in denen sich eine größere Schar polnischer Akademiker befindet. Einen andern Zweck hatte man dieser Statistik nicht gegeben. Das ist wirklich schrecklich wenig, und es ist daher kein Wunder, daß es eines so geringfügigen Zieles wegen manchem schwer gefallen ist, die von seinen Vorfahren ererbte Gewissenlosigkeit und sonst irgendwo erworbene Trägheit zu überwinden und sich an die wirklich gewissenhafte Bearbeitung des ihm zugefallenen kleinen Teils der Aufgabe zu machen. Daß unter

solchen Umständen die Statistik nicht allzu europäisch ausfällt, das ist augenscheinlich. Hier indessen sagen wir uns: ausdauernd und umso eifriger. Denn wir glauben, daß die Zeit kommen muß, wo jeder polnische Akademiker nicht nur in seinem Gemüt, sondern auch im Herzen soweit ausgebildet sein wird, um zu ver- stehen und zu empfinden, wie wenig es sich mit der Ehre einer kulturellen Nation verträgt, wenn sich unter dem besten Teile ihrer Jugend, nämlich unter den Akademikern, den künftigen Lenkern des Schiffes der Nation, Leute finden, die sich nicht scheuen, eine so leichte soziale Pflicht, man muß es sagen, auf gradezu pfuscherhafte Art abzutun. Diese Statistik begann ich im Dezember zu sammeln, die letzte Antwort erhielt ich im Juni. Schon hieraus kann man ersehen, auf welche Schwierigkeiten man beim Sammeln derartigen Materials stößt. Hierzu kommt, daß in verschiedenen Jahren an verschiedenen Orten solche Schwierigkeiten entstehen. Der Orientierung wegen bringe ich nach- stehend eine Zusammenstellung, aus welcher man die Verschiedenheiten des Materials herauslesen kann, die zwischen der Statistik des vorigen Jahres und der vorliegenden Statistik bestehen. In den Tabellen dieser Statistik fehlen 11 Anstalten. Von sieben derselben habe ich feststellen können, daß sich an ihnen überhaupt keine polnischen Schüler befinden. Von vier Orten habe ich überhaupt keine Antwort erhalten.

Bei dieser Statistik habe ich eine Neuerung ein- geführt, indem ich auch die technischen Schulen ange- führt habe; diese Zusammenstellung ist indessen nur unvollständig. Die Zusammenstellungen über die An- zahl der Hörer an den einzelnen Unterrichtsanstalten und über die Herkunft derselben stellen sich wie folgt dar:

Zahl der polnischen Hörer an preußischen Unterrichtsanstalten — Zusammenstellung nach Anteilen.

Laufende Nr.	Ort der Anstalt	Art der Anstalt	H e r k u n f t							Stu- den- ten	Stu- den- tin- nen	Ins- ge- samt
			Preußischer Anteil			Russischer Anteil		Österreichischer Anteil	Emi- gra- tion			
			Groß- herzog- tum Posen	Alt- Preu- ßen	Schle- sien	König- reich	annex- ierte Länder					
1	Berlin	Universität	51	29	1	10	1	12	5	107	2	109
2	"	Höhere Handelsschule	10	—	—	13	2	3	1	29	—	29
3	"	Landwirtsch. Hochschule	14	4	2	6	—	—	—	26	—	26
4	"	Tierärztliche Hochschule	4	3	—	1	—	—	—	8	—	8
5	"	Bergakademie	2	—	—	—	—	—	—	2	—	2
6	Braunsberg . . .	Lycium	—	7	—	—	—	—	—	7	—	7
7	Charlottenburg .	Technische Hochschule	17	—	—	8	1	9	—	34	1	35
8	Danzig	"	3	5	—	2	—	—	—	10	—	10
9	Göttingen	Universität	—	—	—	10	—	3	—	13	—	13
10	Gießen	"	1	—	2	—	—	—	—	3	—	3
11	Gnesen	Priesterseminar	25	—	—	—	—	—	—	25	—	25
12	Greifswald	Universität	7	2	—	—	—	—	—	9	—	9
13	Halle	"	3	2	—	13	6	3	—	26	1	27
14	Kiel	"	10	2	—	—	—	—	—	12	—	12
15	Cöln	Handelsakademie	—	—	—	6	—	—	—	6	—	6
16	Münster	Universität	4	2	3	—	—	—	4	13	—	13
17	Pelplin	Priesterseminar	—	76	—	—	—	—	—	76	—	76
18	Posen	"	84	2	1	—	—	—	2	89	—	89
19	Breslau	Universität	56	9	51	26	—	5	3	147	3	150
			291	143	60	95	10	35	15	642	7	659
			494			105						

Zahl der polnischen Hörer an Unterrichtsanstalten in anderen Staaten des Deutschen Reiches;
Zusammenstellung nach Anteilen.

Laufende Nr.	O r t der Anstalt	Art der Anstalt	H e r k u n f t							Stu- den- ten	Stu- den- tin- nen	Ins- ge- samt
			Preussischer Anteil			Russischer Anteil		Österreichischer Anteil	Emi- gran- ten			
			Groß- herzog- tum Posen	Alt- Preu- ßen	Schle- sien	König- reich	annex- tierte Länder					
1	Braunschweig ..	Technische Hochschule	1	1	1	6	—	1	—	9	—	9
2	Darmstadt	"	1	—	—	29	1	7	2	38	1	40
3	Dresden	"	2	—	—	17	4	4	—	27	—	27
4	"	Kunstgewerbeschule	—	—	—	—	—	2	—	1	1	2
5	"	Tierärztliche Hochschule	1	—	—	—	—	—	—	1	—	1
6	Erlangen	Universität	2	1	1	—	—	—	—	4	—	4
7	Freiberg	Bergakademie	1	—	—	3	—	1	—	5	—	5
8	Freiburg	Universität	3	6	—	5	—	3	—	17	—	17
9	Heidelberg	"	—	—	—	13	3	1	—	14	3	17
10	Jena	"	1	—	—	3	—	1	—	5	—	5
11	Karlsruhe	Technische Hochschule	1	—	—	42	8	6	17	74	—	74
12	Leipzig	Universität	69	11	1	34	4	9	3	131	—	131
13	"	Handelsakademie	3	1	—	43	2	2	—	51	—	51
14	"	Musikakademie	—	—	—	5	—	—	1	4	2	6
15	München	Universität	46	3	3	29	3	8	6	98	—	98
16	"	Technische Hochschule	6	—	—	27	1	11	9	54	—	54
17	"	Kunstakademie	—	—	—	5	—	4	—	1	8	9
18	"	Musikakademie	—	—	—	2	2	—	—	1	3	4
19	" =Freising	Brauerakademie	—	—	—	3	—	1	—	4	—	4
20	Rostock	Universität	5	2	1	—	—	—	—	8	—	8
21	Sträßburg	"	—	—	—	2	—	1	1	4	—	4
22	Stuttgart	Technische Hochschule	1	—	—	—	—	1	—	2	—	2
23	Hohenheim	Landwirtsch. Hochschule	—	—	—	9	2	1	—	12	—	12
24	Tharandt	Forstakademie	4	—	—	8	—	—	—	12	—	12
25	Tübingen	Universität	1	—	—	—	—	—	—	1	—	1
26	Würzburg	"	3	2	—	—	—	—	—	5	—	5
			151	27	6	285	30	64	39	583	18	602
			184			315						

Zahl der Hörer an technischen Anstalten im ganzen Deutschen Reich — Zusammenstellung nach Anteilen.

Laufende Nummer	Or t der Anstalt	Art der Anstalt	H e r k u n f t							Studenten	Studentinnen	Insgesamt
			Preußischer Anteil			Russischer Anteil		Österreichischer Anteil	Emigration			
			Groß-herz. Posen	Alt-Preu-ßen	Schle-sien	König-reich	Annex-tierte Länder					
1	Altenburg	Technikum	—	—	—	5	—	—	1	6	—	6
2	Berlin	Stern's Konservatorium	8	1	1	14	—	2	—	20	6	26
3	"	Szewczenka's "	2	—	—	3	—	—	—	3	2	5
4	Ilmenau	Technikum	—	—	—	5	—	—	—	5	—	5
5	Goethen	Polytechnikum	5	—	—	20	1	—	3	29	—	29
6	Mittweida	Technikum	2	—	—	45	—	18	—	65	—	65
7	Posen	Maschinenbauschule	8	—	—	—	—	—	—	8	—	8
8	Strelitz	Technikum	14	—	—	8	—	2	—	24	—	24
			39	1	1	100	1	22	4	160	8	168
			42			101						

Laufende Nr.	Ort der Anstalt	Art der Anstalt	Statistik 1910/11	Statistik 1909/10	
				Studenten	Studentinnen
1	Charlottenburg.....	Akademie der schönen Künste	Keine Polen vorhanden	5	—
2	".....	Musikakademie	"	3	4
3	Königsberg.....	Universität	"	8	—
4	Mannheim.....	Handelschule	"	nicht angegeben	
5	München.....	Tierärztliches Institut	"	1	—
6	".....	Handelschule	"	neue Schule	
7	Breslau.....	Technische Hochschule	"		
8	Bonn.....	Universität	Keine Nachricht erhalten	nicht angegeben	
9	Düsseldorf.....	Akademie der schönen Künste	"	"	"
10	Hamburg.....	Handelschule	"	7	—
11	Mannheim.....	Ingenieurschule	"	nicht angegeben	

Vergleichende Zusammenstellung für die Jahre 1907, 1908, 1909, 1910/11.

	Wintersemester	Großherzogtum Posen	Alt-preußen	Schlesien	Königreich Polen	Annexierte Länder	Preussischer Anteil	Russischer Anteil	Österreichischer Anteil	Emigration	Studenten	Studentinnen	Insgesamt
Preussische Anstalten	1907/08	338	107	41	—	—	486	125	45	21	654	23	677
	1908/09	306	114	47	—	—	467	100	38	27	626	6	632
	1909/10	309	118	80	116	13	507	129	34	21	674	17	691
	1910/11	293	143	60	94	10	494	105	35	15	642	7	649
Anstalten in anderen Staaten des Deutschen Reichs	1907/08	108	20	3	—	—	131	486	70	3	680	10	690
	1908/09	144	20	4	—	—	168	361	61	65	652	3	655
	1909/10	164	17	6	297	44	187	341	70	26	615	9	624
	1910/11	151	27	6	285	30	184	315	64	39	583	18	602
Anstalten im ganzen Reich	1907/08	446	127	44	—	—	617	611	115	24	1332	33	1367
	1908/09	450	134	51	—	—	635	461	99	92	1278	9	1287
	1909/10	473	135	86	413	57	694	470	104	47	1289	26	1315
	1910/11	444	170	66	379	30	678	420	99	54	1225	25	1251
Technische Schulen und Konservatorien	1910/11	39	1	1	100	1	42	101	22	4	160	8	168

Vergleichende prozentuale Zusammenstellung für die Jahre 1907, 1908, 1909, 1910/11.

	Wintersemester	Großherz. Posen	Alt-preußen	Schlesien	Preussischer Anteil	Russischer Anteil	Österreichischer Anteil	Emigration
In Anstalten im preussischen Staat	1907/08	50,1	15,8	6,1	72,0	18,5	6,5	3,0
	1908/09	48,4	18,1	7,4	73,9	15,8	6,0	4,3
	1909/10	44,7	17,1	11,6	73,4	18,7	4,9	3,0
	1910/11	45,2	22,0	9,3	76,5	16,0	5,2	2,3
In Anstalten in anderen Staaten des Deutschen Reichs	1907/08	15,5	2,9	0,4	18,8	70,8	10,2	0,2
	1908/09	22,2	3,0	0,5	25,7	55,1	9,3	9,9
	1909/10	26,3	2,8	0,9	30,0	54,9	10,9	4,2
	1910/11	25,4	4,5	1,0	30,9	51,9	10,8	6,4
Insgesamt in allen Anstalten des Reichs	1907/08	32,6	9,3	3,2	46,1	44,7	8,4	1,8
	1908/09	34,7	10,3	4,9	49,9	35,5	7,6	7,0
	1909/10	36,8	9,8	6,3	51,9	36,7	7,7	3,7
	1910/11	35,2	14,4	5,3	55,0	32,9	7,8	4,3
Technische Schulen und Konservatorien des ganzen Reichs	1910/11	23,2	0,6	0,6	24,4	60,1	13,1	2,4

Die Statistik der im Auslande studierenden polnischen Jugend, die für das Semester 1909/10 von der „Vereinigung der im Auslande studierenden polnischen Jugend“ aufgestellt worden ist, gibt die Zahl der in Frankreich, England und Belgien studierenden Polen aus dem preußischen Anteil auf 45 an. Trotzdem die Statistik mit einzelnen Begriffen abweichend von der vorstehenden operiert, so verdient trotzdem in diesem Falle die angegebene Zahl völliges Vertrauen. Wie viele unserer Jünglinge an galizischen Universitäten studieren, konnte ich nicht feststellen, aber bei dem in dieser Hinsicht herrschenden Vorurteile zweifle ich, ob sich eine größere Anzahl dazu aufgerafft hat, und da die überwiegend größere Anzahl derselben für immer in Galizien bleibt, ergeben sich für unsern Anteil hieraus geringe Vorteile. So verlassen also 94% unserer ständig in Deutschland studierenden Jugend niemals diese Atmosphäre der Unfreiheit, in welcher sie geboren ist, und nur 6% haben Gelegenheit tiefer und freier aufzuatmen.

Deshalb ist es eine sehr erfreuliche Tatsache, daß wenigstens eine bedeutende Anzahl von uns Preußen verläßt. Außerhalb Preußens studieren nämlich 26% der Posener.

Überwiegend sammeln sich die Polen in Berlin (209), dann in Leipzig (188), München (169), Breslau (124) und Karlsruhe (74). Ich zähle hierbei die Theologen nicht mit, denn diesen sind hinsichtlich des Studienortes Beschränkungen auferlegt. In Berlin sind 143 Posener (68%), in Leipzig 91 (48%), in Breslau 90 (73%), in München 58 (34%). Karlsruhe ist die unumschränkte Domäne der Kollegen aus den anderen Anteilen.

Im letzten Jahr ist die Gesamtzahl der an den Anstalten im Reich studierenden Polen bedeutend zurückgegangen, nämlich um 64 Köpfe. Der größte Teil dieses Verlustes fällt auf die Rechnung der anderen Anteile. Die Zahl der Polen aus dem preußischen Anteil ist nur im letzten Jahre zurückgegangen und zwar um 16. Die Schuld hieran möchte ich der vielleicht allzu optimistischen Statistik des vergangenen Jahres zuschreiben. Hinsichtlich der anderen Anteile bestehen ernstere Gründe. Am meisten offenbart sich hier der Einfluß der Erschwerungen und der Schulverhältnisse im Königreich, aber es scheint mir, daß auch eine gewisse Kräftigung der antisemitischen Strömungen mit dazu beigetragen hat. Ich habe häufig Fragebogen mit dem Zusatz zurückgehalten „außerdem so und soviel Juden“, oder „die Kollegen mosaischen Glaubensbekenntnisses führe ich nicht an.“ Dort, wo mir das Material zur Verfügung stand, nahm ich auch die polnischen Juden in die Statistik auf, aber ich weiß nicht, wie viele von ihnen mir angegeben sind. Außerdem sprechen die Zahlen für sich selbst.

In der nächsten Nummer der Brzask werde ich die Ergebnisse der Statistik hinsichtlich der Berufe, denen sich unsere Jugend widmet, bringen. Hier möchte ich die Kollegen nur darauf aufmerksam machen, daß die Zahl der Juristen bei uns ständig und schnell zurückgeht. Es lohnt sich, bei einer eventuellen Berufswahl diesem Umstand Aufmerksamkeit zu schenken.

Las.

Aus Nr. 20 der Sila (Posen)
vom 25. Oktober 1911:

Wreschen.

Achtung, Kameraden der Breschener Filiale. Die Versammlungen unserer Filiale werden vom 1. November ab wie folgt stattfinden: An jedem Sonntag nach dem 15., um 4 Uhr nachmittags, im Saale des

Herrn Matecki. Wir ersuchen die Kameraden aus den umliegenden Ortschaften, in Zukunft zahlreicher als bisher zu den Versammlungen zu erscheinen, weil es für sie notwendig ist, daß sie in Arbeiterangelegenheiten informiert sind, was für sie von Nutzen sein kann.

Der Vorstand der Filiale.

Aus Nr. 20 der Sila (Posen)

D s t r o w o.

In der am Sonntag, den 1. Oktober 1911 stattgefundenen Generalversammlung der Filiale der Tischler wurde folgender Vorstand gewählt: M. Grodka als Vorsitzender, St. Fiedler als Kassierer und Joseph Cichy als Schriftführer.

Die Versammlungen finden wie bisher zweimal monatlich und zwar jeden Sonntag nach dem 1. und 15. statt.

Aus Nr. 249 des Lech (Gnesen)
vom 29. Oktober 1911:

Unsere Jugend!

In diesen Tagen haben wir eine Reihe von Bemerkungen über die in höheren Unterrichtsanstalten studierende Jugend gebracht, in welchen wir nachzuweisen bemüht waren, daß diese Jugend sich vom frühesten Lebensalter an in nationalen Dingen, wie in der polnischen Geschichte und Literatur, fortbilden und sich später zu einem aktiven bürgerlichen Leben vorbereiten muß, um später den Anforderungen gerecht werden zu können, die ihre Bildung und ihre soziale Stellung an sie stellt. Hauptsächlich diese Jugend liefert der Volksgesamtheit die Führer und Leiter, die der Nation die Mittel und Wege zeigen, die zur Bewahrung und allseitigen Entwicklung der nationalen Existenz führen. Aber die Führer allein entscheiden nicht über die Zukunft der Nation, ebenso wie die Offiziere, die keine Soldaten zur Verfügung haben, nichts bedeuten. Deshalb ist eine nationale Erziehung und Ausbildung nicht nur für jene erforderlich, die die Führer der Nation sein sollen, sondern überhaupt für alle ihre Mitglieder. Beginnen muß man durchaus mit unsern Kleinen, unsern Kindern, erstens weil diese Kleinsten am meisten der ihnen seitens des feindlichen Systems drohenden Gefahr ausgesetzt sind, und zweitens weil das kindliche Gemüt gleich Wachs ist, das man nach Belieben kneten kann.

Das preußische System hat ausgezeichnet verstanden, daß man mit der Entnationalisierung der polnischen Nation von Grund auf beginnen muß, d. h. bei den Kindern; deshalb hat es sich mit ganzer Kraft und mit Ausdauer an die Germanisierung der Schule gemacht. Die heutige Generation ist Zeugin der Früchte dieser Bemühungen. In der Schule herrscht unumschränkt die deutsche Sprache, sogar der Religionsunterricht, der Umgang des Menschen mit Gott, muß in einer fremden Sprache stattfinden. Das Germanisierungssystem macht sich auch an den Vorbereitungsunterricht zu den heiligen Sakramenten, indem es die auf irgendeine Art von der Regierung abhängigen Eltern zwingt, die Kinder in den deutschen Vorbereitungsunterricht zu schicken. Wenn die Eltern nicht gehorchen, dann gibt es als Strafe hierfür „Verletzung im Interesse des Dienstes“, wie dies in der letzten Zeit in Gnesen usw. der Fall gewesen ist. Das traurigste ist, daß sich germanisatorische Geistliche finden, die diese Bestrebungen des preußischen Systems tatkräftig unterstützen, eifrig polnische Kinder

herauszuchen, die ihrer Ansicht nach den Vorbereitungsunterricht in deutscher Sprache erhalten müssen, um sie der Germanisierung zum Raube auszuliefern.

Auf den polnischen Eltern lastet die heilige Pflicht, den Germanisatoren jeglicher Art entgegenzuarbeiten. Die preußische Schule in unserm Landesteil hat angehört, eine Lehr- und Bildungsanstalt zu sein, sie ist eine Anstalt zur Fabrizierung von Deutschen geworden. Das preußische System ist bemüht, dem polnischen Kinde nicht nur eine fremde Sprache aufzudrängen, sondern es bemüht sich vor allen Dingen, diesem Kinde deutsche Gesinnung und deutschen Geist einzufößen und ihm die polnische Seele zu entreißen. Alles was deutsch ist, rühmt man und hebt es bis in den Himmel, alles was polnisch ist, erniedrigt man und stellt es im schlimmsten Lichte dar, indem man bemüht ist, im Kinde Ekel und Abscheu gegen das Polentum zu erwecken. Das preußische System bemüht sich, die Seele des polnischen Kindes durch den Unterricht, durch Vergnügungen und sogar durch das Gebet zu beherrschen, jedes Mittel ist ihm recht, wenn es nur ans Ziel führt.

Eine drohende Gefahr schwebt über unsern Häuptern und über der Vergangenheit unserer Nation. Unsere einzige Zufluchtsstätte in dieser Gefahr ist das echt polnische Haus, das den Kindern eine echt polnische und nationale Erziehung gewährt. Es genügt nicht, daß die Kinder polnisch lesen und schreiben lernen, weil dies nur das Fundament ist, auf welchem man das Geäude der nationalen Erziehung errichten muß. Die polnischen Eltern müssen außerdem dafür sorgen, daß ihre Kinder in wahrhaft polnischem Geiste erzogen werden. Sie müssen also die Kinder die Geschichte der polnischen Nation lehren, und wenn sie sie selbst nicht genau kennen, oder nicht Zeit hierzu haben, den Kindern entsprechende Bücher kaufen und sie zum fleißigen Lesen derselben anhalten. Die Eltern müssen die durch das preußische System verkrüppelten Begriffe der Kinder über die polnische Nation richtig stellen und ihnen erklären, daß ein Mitglied dieser Nation zu sein, Pole oder Polin zu sein, keine Schande ist, sondern eine Ehre, auf die ein jeder stolz sein mußte. Mögen sie nicht gestatten, daß die Kinder irgendwelche fremden Sitten und Gebräuche ins Haus bringen, daß sie sich im Hause, auf der Straße, bei ihren Spielen mit den Altersgenossen der deutschen Sprache bedienen. Mögen sie aber andererseits dafür sorgen, daß die Kinder die polnische Sprache möglichst rein und fehlerfrei sprechen. Mit einem Worte, mögen sie die Seele des Kindes vor fremden Einflüssen, vor der Germanisierung bewahren. Gott hat uns als Polen geschaffen, mögen also auch unsere Kinder ihre polnische Seele und die polnische Sprache bewahren. Jede Nation hat von der göttlichen Vorsehung ihre Bestimmung erhalten; dies ist auch mit der polnischen Nation der Fall. Wer es also gestattet, daß andere diese Pläne durchkreuzen, wer sich nicht bemüht, den Stürmern gegen die von der Vorsehung bestimmte Ordnung Hindernisse in den Weg zu legen, der unterstützt das Böse und belastet sein Gewissen mit schwerer Sünde. Es ist also eure heilige, euch von Gott selbst auferlegte Pflicht, eure Kinder mit allen Kräften gegen alle Anschläge auf ihre polnische Seele und ihre Nationalität zu verteidigen.

Und wenn wir diese heilige Pflicht gewissenhaft erfüllen werden, wenn die Seele unseres Kindes in Wirklichkeit polnisch bleiben wird, dann werden sich alle Bestrebungen und Anschläge unserer Feinde als machtlos erweisen und die Zukunft der polnischen Nation wird für immer gesichert sein!

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 248 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 27. Oktober 1911:

Die Wahlen.

Der lang ersehnte Augenblick ist herbeigekommen. Die Regierung entschied sich gestern, den Termin für die Reichstagswahlen bekannt zu geben; sie finden am 12. Januar 1912 statt. Diese Bekanntmachung hat für uns Polen eine sehr weittragende Bedeutung, weil vom Tage der Bekanntmachung des Wahltermins bis zur Wahlhandlung selbst es den Polen gestattet ist, im ganzen deutschen Reiche in öffentlichen Wählerversammlungen in polnischer Sprache zu verhandeln. So bleibt denn das sogenannte Maulkorbgesetz während dieser Zeit außer Kraft — sofern die Verhandlungen in den Versammlungen die Wahlen betreffen. Wir sollten daher sofort nach der amtlichen Bekanntmachung an die energische Wahlagitation herangehen. Schon manchmal haben wir hervorgehoben, daß die parlamentarische Politik unserer Abgeordneten im deutschen Reichstage nicht das wichtigste Moment unserer nationalen Verteidigung sei. Unsere Hauptaufgabe ist und bleibt immer die Tätigkeit im Lande selbst, die darauf abzielt, unter der Losung der politischen Aufklärung der Volksschichten Selbsthilfe zu üben.

Trotzdem müssen wir uns an den Reichstagswahlen beteiligen, um zu zeigen, daß wir da sind, daß trotz der Bedrückung durch das preußische System unsere Zahl in die Höhe geht, daß unsere Kräfte nicht erlahmen, daß wir bereit sind, weiterhin den Kampf zu führen gegen die Ausnahmegegesetzgebung im Rahmen der Konstitution, deren Buchstabe uns immer noch gewisse Freiheiten zusichert, obwohl die Übermacht sich häufig um sie nicht kümmert. Von diesem Gesichtspunkte aus sind die Wahlen ein gutes Mittel zur Aufklärung des Volkes und zur Weckung des nationalen Empfindens, dem das Maulkorbgesetz den Todesstoß versetzen will.

Unsere Feinde schlafen nicht, und sie werden sicherlich alle Kräfte daran setzen, um, wo es nur möglich ist, ihre Kandidaten durchzubringen. In ihrem Lager sind die Parteizwistigkeiten beigelegt worden, es ist angesichts der Wahlen Friede eingetreten. Der Liberale wird also für den Konservativen, der Zentrums- mann für den Lutheraner stimmen, damit die Polen durch die Feindschaften unter den Deutschen nur ja keinen Vorteil hätten.

Es besteht die Hoffnung, daß es auch im polnischen Lager während der gegenwärtigen Wahlen zu keinen Parteikämpfen kommt. In Großpolen soll es hinsichtlich der Kandidaten zu einer Einigung gekommen sein. Die Konservativen und Demokraten haben sich die Hände gereicht, um den Deutschen keine Freude zu bereiten, solches haben sie auch getan im Interesse der wohlverstandenen nationalen Sache. In Schlesien können Veränderungen in sofern eintreten, als es uns vielleicht gelingen wird, zwei neue polnische Abgeordnete durchzubringen.

Uns interessiert am meisten die Lage in Preußen und im Ermland. Wenn wir unsere Aussichten bei den neuen Wahlen in gehöriger Weise abschätzen wollen, dann müssen wir uns Rechenschaft geben über die Wahl-Resultate im Jahre 1907. Wir haben insgesamt 18 Wahlkreise, davon sind für das Polentum vollständig verloren 11 Kreise, nämlich: Elbing-Marienburg, Danzig Stadt, Danzig Land, Marienwerder-Stuhm, Schlochau-Platow, Deutsch-Krone, Osterode-Neidenburg, Dlegko-Johannisburg, Ortelsburg-Sensburg, Lauenburg, Stolp und Bütow. Unter gewissen Bedingungen können wir

erobert die Kreise: Löbau-Rosenberg, Strassburg-Graudenz und Kulm-Thorn-Briesen. Sicher für die Polen sind 4 Kreise und zwar: Neustadt-Buzig-Carthaus, Berent-Stargard-Dirschau, Schwez und Konig-Tuchel.

Voraussichtlich wird der polnische Besitzstand in Preußen keiner Änderung unterliegen, bei verständiger Agitation müßten wir sogar den Kreis Thorn erobern. Das Wahlkomitee und der Wahlverein sollten beizeiten an die Agitation herangehen.

Wir erinnern, daß Vorsitzender des Wahlkomitees Herr Johann Wojciechowski aus Mocker, Schriftführer Herr K. Zablocki aus Thorn, Kassierer Herr Jakob Sulecki ist; das Amt als Beisitzer bekleiden die Herren A. Wiczorek, J. Brejski, Kozlikowski, Urbanski, A. Czerniewicz, B. Makowski und Fr. Berger. An Stelle des verstorbenen Polikarp Marjzewski ist ein neues Mitglied zu wählen. Die Stadt Thorn besitzt keinen Delegierten, da, so viel uns bekannt, an Stelle des verstorbenen Pfarrers Odrowski noch niemand gewählt worden ist. Vertreter des Delegierten ist Herr B. Hozakowski.

Aus Nr. 126 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein)
vom 24. Oktober 1911:

Aus der Gegend von Sensburg.

In ganz Masuren beginnt es vor den Wahlen zu kochen, wie in einem heftig angefeuerten Kessel. Kein Wunder, denn das Volk, durch die Teuerung zur Verzweiflung gebracht, fühlt, daß es böse zugeht; außerdem gehen die Liberalen und ihre Agitatoren in jedes Dörfchen, halten feurige Reden, um das Volk anzuregen, einen liberalen Abgeordneten zu wählen. Die Konservativen schlafen auch nicht; durch gut bezahlte Agitatoren, die wir „trajber“ nennen, bemühen sie sich, das Volk durch verschiedene Versprechungen oder Einschüchterungen auf ihre Seite zu ziehen. Hoffentlich ist die Arbeit der Liberalen und Konservativen vergeblich, denn unser Volk, belehrt durch langjährige Erfahrung, weiß recht gut, daß es weder von den Liberalen noch von den Konservativen auf Hilfe hoffen kann, und die Masuren spotten sowohl der Liberalen wie auch der Konservativen und halten sich aufrichtig an ihre eigene masurische Volkspartei, die sie sich unter der Führung eines sehr edlen Menschen, des Wirtes Labusch aus Hasenberg bei Ortelsburg, selbst geschaffen haben. Herr Labusch ist Protestant, aber ein verständiger Mann, er würde irgend welche religiöse Zwistigkeiten zwischen den Protestanten und Katholiken nicht zulassen, zu denen der Pruski Przyjaciół Ludu aus Königsberg die Masuren mit Gewalt treibt. Die masurische Volkspartei mischt sich gar nicht in religiöse Angelegenheiten, sie befaßt sich lediglich mit der Besserung des traurigen Loses des masurischen Volkes, kämpft gegen die ungeheuren Lasten und Geseze, welche die Konservativen und Liberalen dem masurischen Volke aufgehalst haben, während sie selbst Nutzen daraus ziehen. Die Masuren wissen recht gut, was die masurische Volkspartei will, deshalb gehen auch die Protestanten mit den Katholiken Hand in Hand, das ärgert aber die Konservativen und Liberalen gar sehr. Sie möchten gern, daß sich die Katholiken und Evangelischen an die Köpfe kriegten und sie ihr Gutes dabei hätten, denn sie könnten alsdann wieder ihren Abgeordneten wählen, der sich gleich um die Erhöhung der Gehälter für die Beamten bemühen würde, damit das Volk noch höhere Steuern zahlen könnte. Das möchten sie, doch es wird ihnen nicht gelingen. Gott will es anders. Die gegen uns gerichtete Waffe hat er gegen sie gelenkt, denn die Konservativen und Liberalen fallen sich bereits derb in die Haare.

In Szymbonki war jetzt eine Versammlung von Seiten der Liberalen veranstaltet worden, aus Berlin war dazu ein großer Redner erschienen, der die Masuren zu Liberalen umstempeln sollte. Er suchte darzutun, wie die Konservativen das Volk benachteiligen. Das ärgerte die konservativen Besitzer so, daß sie die Liberalen tüchtig verklopften, die Geräte und Fenster im Gasthause zerbrachen und Geschirre auf den Pferden zerschnitten. Die Liberalen, in deren Adern Feiglingsblut fließt, retteten sich in der Finsternis durch die Flucht auf die Felder.

Die Masuren, welche sich zahlreich vor dem Gasthause versammelt hatten, lachten über die Kämpfenden und schrien: Es lebe unser Kandidat Lewandowski!

Das schönste von allem ist der Schluß des Vorkommnisses, denn die Liberalen haben die Konservativen beim Staatsanwalt verklagt.

Ein katholischer Masure.

Aus Nr. 127 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein)
vom 26. Oktober 1911:

Allenstein, den 27. Oktober 1911.

Bitte an die Stammesbrüder.

Weil nach dem Inkrafttreten des Maulkorbparagraphen in Ermland die Veranstaltung von polnischen Versammlungen — mit Ausnahme der Wahlperiode — verboten ist, will das Wahlkomitee nach Bekanntmachung des Wahltages von der Freiheit des Wortes Gebrauch machen und nach Möglichkeit polnische Versammlungen in Kirchdörfern und Städten veranstalten, so wie man es auch bei den vorigen Wahlen getan hat. Weil nun damit gerechnet werden muß, daß die unter dem Einfluß der Behörden oder des Zentrums stehenden Gastwirte den Polen ihre Säle zur Abhaltung der Versammlungen nicht werden hergeben wollen, bitten wir unsere Stammesbrüder uns zu berichten, welcher von unseren Handwerkern und Landwirten eine geräumige Wohnung besitzt, wo die Versammlung stattfinden könnte. Wir bitten auch um Angabe, ob die betreffenden Hausbesitzer ihre Wohnung zur Abhaltung der Versammlung bei entsprechender Vergütung hergeben würden. Am besten hierzu eignen sich Wohnungen, die bei der Kirche liegen. Wir bitten, uns in dieser Beziehung mit Rat und Tat beizustehen und zwar so zeitig, daß man noch vorher die Wohnungen besichtigen und eventuelle Schäden beseitigen könnte. Gleichzeitig appelliert das Komitee an die Opferwilligkeit aller polnischen Wähler. Die Wahlen haben eine Ähnlichkeit mit dem Kriege. Nur derjenige bleibt Sieger, der außer den Soldaten noch eine starke Kriegskasse besitzt. Die Wahlagitation, die Druckschriften, Reisen und Entlohnung der Hilfsmannschaften kosten viel Geld, und die Wahlkasse ist leer. Es gibt allerdings Landsleute, die doppelt geben, doch Tausende geben gar nichts. Es ist wahr, daß das Geld teuer ist, doch einige Groschen für das „nationale Opfer“ müßte jeder Pole übrig haben. Das ist eine Pflicht, die jeder Pole mit Stolz erfüllen müßte. Bei den letzten Wahlen hat man 7000 polnische Stimmen abgegeben. Hätte jeder der Wähler nur 50 Pf. Wahlbeitrag gezahlt, so hätten wir die Summe von 3750 M. zusammenbekommen.

Dann könnten wir mit einer andern Energie und großartiger die Agitation durchführen und unsern Kandidaten den Sieg sichern. Laßt euch das Opfer nicht reuen und leistet zu diesem Zweck Beiträge, „Viele Wenig machen ein Viel.“ —

Aus Nr. 87 des Mazur (Ortelsburg Ostpr.)
vom 29. Oktober 1911:

Majurenbriefe.

Aus dem Ortelsburger Kreise.

Gehrter Herr Redakteur!

Herrn Lewandowski wünsche ich ein glückliches Durchkommen. Man kann jedoch die Majuren leicht einschüchtern und überreden, und einige lassen sich durch Schnaps verdummen und wählen konservative Abgeordnete.

Am Wahltag müßten wenigstens 4 nüchterne Männer, welche sich unter keinen Umständen zum Trinken verführen ließen, sein. Zwei müssen im Wahllokal einen halben Tag sitzen, die beiden andern ebenfalls einen halben Tag. Es müssen immer zwei Männer zugegen sein, weil einer manchmal austreten muß. Am Wahltag muß man mit dem Wahlvorsteher in einer Linie sitzen, d. h. an der Wand, damit sie den Tisch nicht verdecken und die Wahlzettel fälschen könnten.

Bei jenen Wahlen kamen Fälle vor, daß man die Bauern auf der entgegengesetzten Seite hat sitzen lassen. Dann stellte man eine Schultafel vor den Tisch, und die Bauern sahen nicht, was dort geschah.

An andern Orten hat man die Bauern mit Schnaps traktiert und sie überredet, den Leuten ihre Zettel aus der Hand zu reißen und ihnen Zettel für einen Konservativen zu geben.

Ich bitte dieses in der Zeitung zu veröffentlichen, damit es die Leute erfahren und dieses Mal vorsichtiger sind.

J. J., Landwirt.

Aus Nr. 131 der Gazeta Gdanska (Danzig)
vom 2. November 1911:

Raiffeisen- und Bauernbank.

Wir erhalten nachstehenden Artikel:

Jeder von uns kennt die Raiffeisengenossenschaften, da derartige Genossenschaften sogar in Dörfern bestehen. Direktoren dieser Genossenschaften sind häufig sogar Geistliche, aber auch Pastoren, und einer der Domherren gehört dem Hauptaufsichtsrat an. Mancher Pole hat auf der Kasse sein Geld, oder aber von dieser Genossenschaft ein Darlehn. Ich dachte selbst, daß diese Genossenschaften sehr wohlthätig seien, bis ich in jedem „Raiffeisenboten“ auf der letzten Seite eine große Annonce gelesen habe. In großen weiten Buchstaben empfiehlt die „Deutsche Bauernbank“ ihre Kapitalien zu $3\frac{1}{2}\%$ auf ländliche Grundstücke. Es wird dort ausgesprochen, daß mit Hilfe der Raiffeisenkasse die Hypotheken reguliert werden usw. Und was die „Deutsche Bauernbank“ ist, das weiß jeder: sie gibt billiges Geld. Aber obwohl du das Geld zurückzahlst, hast du gleichzeitig dein Grundstück verpfändet, sodaß du es nur der Bauernbank oder einem Deutschen verkaufen kannst; du bist also nicht mehr der Besitzer. Daher Vorsicht vor der Bauernbank! Weshalb aber arbeitet die anscheinend so unschuldige Raiffeisenbank mit der Bauernbank? Die Raiffeisenbank leiht der Bauernbank Geld, also zu Ungunsten der Polen. — Im „Landwirtschaftlichen Genossenschaftsblatt“, der Zeitschrift der Raiffeisengenossenschaften vom 30. September 1911 ist die Bilanz des „Verbandsbezirks Danzig“ veröffentlicht. Dort ist eine Position „Stammeinlage bei der Deutschen Bauernbank zu Danzig“ mit 400 000 M. enthalten. Danach wird das in den einzelnen Raiffeisenfilialen überschießende Geld an die Zentrale in Danzig abgeführt, und die

hat wiederum 400 000 M. bei der deutschen Bauernbank niedergelegt. Das ist ein zweiter Beweis dafür, daß die Raiffeisenbank und die Bauernbank Hand in Hand arbeiten. Und wieviele Polen tragen hier mit ihrem Kapital mittelbar zur Stärkung der Bauernbank bei? Wie ist dem abzuhelpen? **Man muß das Geld in einer polnischen Bank niederlegen**, die ebenfalls 4 bis $4\frac{1}{2}\%$ jährlich zahlt.

Doch leider ist es besser bei der Raiffeisenbank Geld aufzunehmen, denn sie ist um ein ganzes Prozent billiger.

Die polnische Bank arbeitet nur mit Wechseln und nimmt 6 Prozent, und die Raiffeisenkasse gibt auf 10jährigen Schuldschein das Geld zu 5 Prozent. Warum machen das die polnischen Banken nicht, die den Polen das Geld doch ebenso billig geben müßten? Ja, denn in der Raiffeisenkasse ist die Verwaltung billiger, dort bekommt nur der Buchführer eine jährliche Entschädigung von 4 bis 600 Mark, der das Amt in seiner freien Zeit versieht, während in den polnischen Banken Beamte sind, die gut bezahlt werden. So darf es nicht sein. Auch die polnischen Banken müßten den Polen das Geld zu 5 Prozent geben.

Von der Redaktion.

Dem geehrten Korrespondenten danken wir herzlich für obigen Artikel, da er sehr zeitgemäß ist. Was den Schlußabsatz anlangt, so beklagen sich auch bei uns mitunter Leute, daß es schwierig sei, von polnischen Banken Geld zu erhalten. Ob aber die Ursache in der teureren Verwaltung liegt, darauf mögen unsere Bankmensen antworten. Keineswegs darf man sich aber damit einverstanden erklären, daß die Banken nicht eigene Beamten halten, sondern sich nur mit Nebenkräften begnügen sollten. Der Vater unserer Banken und Genossenschaften, der verstorbene Prälat Wawrzyniak, hat im Gegenteil empfohlen, daß, wo nur eine Bank geschulte Bankmensen halten könne, es geschehen solle, da nur dann auf eine entsprechende Entwicklung gerechnet werden kann.

Aus Nr. 130 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 28. Oktober 1911:

Der polnische Gesang bei der hl. Messe.

In vielen Orten beklagen sich die Eltern über die Einführung deutschen Gesanges bei der hl. Messe. Insbesondere sollen sich die Schulkinder, und zwar die aus den höheren Abteilungen an diesem Gesang beteiligen. Mitunter wissen die Parochianen nicht, wer den deutschen Gesang in der Kirche eingeführt hat und weshalb er eingeführt worden ist, wenn bisher immer polnischer Gesang war. Es gibt sogar polnische Parochien, wo besondere deutsche Gesangsvereine existieren, welche die Aufgabe haben, den deutschen Gesang in der Kirche zu pflegen, obwohl diese Kirche fast nur ausschließlich von Polen besucht wird. Diesen deutschen Gesangsvereinen gehören häufig auch fast ausschließlich Polen und Polinnen an, weil es dort an Deutschen fehlt. Und warum geschieht das alles? Wie ist das möglich?

Die Germanisierung durch die Kirche richtet unter uns eine große Verheerung an. Das polnische Volk hat, wie bekannt, Vertrauen und Anhänglichkeit zu den Priestern, und was der Ortspropst auch wünschen mag, dem stimmt das Volk mitunter zu, ohne sich über die Folgen derartiger Wünsche und Anordnungen klar zu werden. Zwar ist

in letzter Zeit die germanisatorische Tätigkeit der regierungsfreundlichen Geistlichen öffentlich genügend aufgeklärt worden, so daß jeder wohl wissen muß, was von dieser Tätigkeit zu halten ist, doch leider gibt es noch eine ganze Masse Polen, und besonders Polinnen, welche die uns von dieser Seite drohende Gefahr unterschätzen, und mangels Aufklärung gleichgültig dem zusehen, wie das Polentum aus unseren Kirchen immer mehr verdrängt wird.

Wenn in den polnischen Landesteilen bisher in unseren Kirchen immer und überall polnisch gesungen ist, so ist die Einführung deutschen Gesanges während der hl. Messe nicht nur unberechtigt und ungerecht, sondern auch gegen die kirchlichen Vorschriften, und fügen der Kirche Schaden zu.

Das werden wir gleich beweisen. Die amtlichen Vorschriften, welche die Parochialverwaltung betreffen, und für jeden Propst verbindlich sind, besagen, daß der Bischof den Ritus bestimmt, indem er die liturgischen Vorschriften erläßt, und daß ohne seine Genehmigung weder wichtigere Änderungen in der bestehenden Gottesdienstordnung noch neue kirchliche Andachten eingeführt werden dürfen. Weiter besagt die Vorschrift, daß besonders wichtige Vorkommnisse im religiösen Leben, grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten usw. dem Bischof zur Kenntnis und Entscheidung vorgelegt werden müssen.

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß die Einführung des deutschen Gesanges während der gewöhnlichen oder Schulumesse in vollständig polnischen oder auch überwiegend polnischen Parochien eine „wichtige Änderung“ oder ein „grundsätzlicher Streitpunkt“ ist, so daß kein Propst eine derartige „Neuheit“ auf eigene Hand einführen darf, sondern er muß diese Sache durchaus dem Bischof zur Entscheidung vorlegen. Eine willkürliche Einführung des deutschen Gesanges in unsern Kirchen steht also ausdrücklich im Widerspruch zu den amtlichen Kirchenvorschriften.

Weltliche Personen können die Gottesdienstordnung nicht ändern. Wenn es hier und da vorgekommen ist oder vorkommen kann, daß ein Lehrer, der mitunter das Organistenamt versieht, während der hl. Messe mit den Schulkindern plötzlich deutsch gesungen hat, so braucht und darf es der Propst nicht gestatten. So wie ohne Anordnung des Bischofs kein Propst Änderungen in der Kirche einführen darf, so kann auch ohne Wissen und Einverständnis des Propstes kein Parochiane, also auch kein Lehrer, Änderungen in der Kirche einführen. Der Geistliche braucht weder dem Zureden, noch den Wünschen irgend eines Lehrers, der in den heutigen Zeiten ein Germanisierungswerkzeug ist, nachzugeben. Wenn er das nicht tut und die neu eingeführte Ordnung ruhig duldet, so setzt er sich und die Kirche bei den polnischen Katholiken dem Verdacht aus, daß der Geistliche und die Kirche sie germanisieren wollten.

Wenn in Berlin oder in Westfalen, wo Tausende von Polen wohnen, der Ortspropst beabsichtigt, für die Polen ein um das andere Mal Andachten mit polnischen Predigten und polnischem Gesang einzuführen, so muß er seine bischöfliche Behörde um Erlaubnis fragen, er muß darum bitten und eingehend die Ursachen darlegen, die Notwendigkeit beweisen usw. Und oft werden derartige Bitten nicht berücksichtigt. Hier handelt es sich aber um polnische Parochien und um polnische Kinder, für die der den Eltern, Kindern und anderen Parochianen unverständliche deutsche Gesang eingeführt werden soll. Und sollten sogar die Kinder und Eltern deutsch verstehen, so ist das doch nicht ihre Muttersprache, auf die sie in der Kirche ein Recht haben.

Das ist eine wichtige Sache, die nicht aus dem Auge gelassen werden darf. In überwiegend polnischen

Parochien muß während der heiligen Messe unser polnische Gesang erschallen. Wir haben ein Recht darauf und das müssen wir fordern. Einer willkürlichen Einführung des deutschen Gesanges während der Andachten durch irgend jemandem muß mit voller Entschiedenheit entgegen getreten werden, auch muß dafür gesorgt werden, den alten Zustand wieder herbeizuführen.

Den Geistlichen, die zu unserem Schaden das Deutschtum in die Kirche einführen, gebrauchen wir nicht zu gehorchen, weil die Einführung derartiger Neuheiten unter Benachteiligung anderer, den Grundsätzen der Kirche Christi widerspricht. Seien wir vorsichtig, halten wir die Augen offen und verteidigen wir unsere Angelegenheiten in würdiger und entschiedener Weise.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 243 des Dziennik Śląski (Königshütte)
vom 21. Oktober 1911:

Saure Weintrauben.

Der national-demokratische Kurjer Poznański entdeckte plötzlich, der Wahlkreis Kattowitz-Zabrze sei gefährdet, der Abgeordnete Korfanty habe so viele Gegner, daß der Verlust dieses Mandats befürchtet werde, Herr Korfanty habe sich aber auf die Kandidatur aus dem Wahlkreise Kattowitz-Zabrze verlassen und lasse das Wohl der Allgemeinheit außer acht. Er tadelt den Abg. Korfanty, daß er nicht dem Räte des Blättchens Dr. Seyda gefolgt sei und sich um ein Mandat in einem anderen Wahlkreise beworben habe. Er verkündigt jetzt stolz der Welt, die Nationaldemokraten zögen sich, da sie die Verantwortung für das Wahlergebnis nicht übernehmen wollten, zurück und stellten Herrn Korfanty einen Gegenkandidaten nicht entgegen, sie würden aber, um das Mandat zu retten, ihre nationale Pflicht erfüllen, d. h. sie würden ihre Stimmen Herrn Korfanty geben, sich aber nicht an der Agitation beteiligen, sondern uns vollständig freie Hand lassen.

Die stolzen Spanier, nur guckt unter dem Mantel der Nationaldemokraten allzu deutlich der politische Don Quichotte hervor. Die Trauben hingen für die Nationaldemokraten zu hoch, und so sagen sie jetzt, wie der Fuchs im Märchen, daß sie zu sauer seien.

Wie schade, daß die Nationaldemokraten erst jetzt entdeckt haben, daß die Polen im Wahlkreise Kattowitz-Zabrze nur mit einer geringen Stimmenmehrheit zu siegen pflegen. Das wußte bisher die ganze Welt, ebenso wie die ganze Welt weiß, daß in Oberschlesien fast alle polnischen Mandate nur mit einer kleinen Mehrheit erobert werden.

1. Im Wahlkreis Kattowitz-Zabrze wählten im Jahre 1907 von 69 421 Wahlberechtigten 51 625 = 74,4 Proz. Davon entfielen auf den Polen 27 002 Stimmen = 52,4 Proz., auf den Nationalliberalen 12 230 Stimmen = 23,8 Proz., auf den Zentrumsmann 6575 Stimmen = 12,8 Proz. und auf den Sozialdemokraten 5665 Stimmen = 11 Proz.

2. Im Wahlkreis Beuthen-Tarnowitz beteiligten sich von 69 801 Wahlberechtigten 49 646 = 71 Proz. an der Wahl. Hiervon entfielen auf den Polen 26 414 = 53,3 Proz., auf den Nationalliberalen 9219 = 18,6 Proz., auf den Sozialdemokraten 5974 = 12 Proz.

3. Im Wahlkreis Oppeln wählten von 26 723 Wahlberechtigten 21 174 = 79,2 Proz. Hiervon entfielen auf den Polen 11 507 = 45,6 Proz., auf den Re-

gierungsparteiler 5925 = 28,1 Proz., auf den Zentrumsmann 2550 = 12,1 Proz., auf den Sozialdemokraten 1105 = 5,2 Proz.

4. Im Wahlkreise Gleiwitz-Zublinitz wählten von 35 484 Wahlberechtigten bei der Hauptwahl 27 220 = 76,7 Proz. Hiervon entfielen auf den Polen 11 880 = 43,8 Proz., auf den Zentrumsmann 7545 = 27,8 Proz., auf den Regierungsparteiler 6280 = 23,2 Proz., auf den Sozialdemokraten 1337 = 5,2 Proz. An der Stichwahl beteiligten sich 26 867 = 75,7 Proz. Hiervon entfielen auf den Polen 14 314 = 53,6 Proz., auf den Zentrumsmann 12 368 = 46,4 Proz.

5. Im Wahlkreise Pleß-Rybnik wählten von 40 895 Wahlberechtigten 30 675 = 75 Proz. Hiervon entfielen auf den Polen 20 038 = 65,5 Proz., auf den Regierungsparteiler 6992 = 22,3 Proz., auf den Zentrumsmann 3205 = 10,5 Proz., auf den Sozialdemokraten 347 = 1,1 Proz.

Diese Zusammenstellung der fünf von den Polen beherrschten Wahlkreise zeigt uns, daß mit Ausnahme des Wahlkreises Pleß-Rybnik in Oberschlesien kein einziges Mandat sicher ist. Dafür übten aber in allen diesen Wahlkreisen drei Viertel der wahlberechtigten Bürger das Wahlrecht aus. Diejenigen, die zu Hause geblieben waren, sind gleichgültige Polen, sind unsere Reserven. Unsere Politik war die, diese Reserven beizeiten in Bewegung zu setzen, zu beleben und zur Wahlurne zu schicken. Aus diesem und keinem anderen Grunde veranstalteten wir im Sommer so zahlreiche Versammlungen und suchten wir so heftige Kämpfe mit den Polizeibehörden um die Versammlungsfreiheit aus. Auf eigene Kosten, unter Ausbietung der eigenen Kräfte reisten wir von Versammlung zu Versammlung und ermunterten wir hierzu andere zu dem Zwecke, die unsicheren Wahlkreise in sichere umzuwandeln. Wie weit uns dies gelungen ist, wird die nahe Zukunft zeigen. Jedenfalls werden uns alle Unvoreingenommenen, natürlich nicht die auf den Parteizweck veressenen politischen Fakiere zugeben, daß wir unsere Pflicht erfüllt haben; mehr tun konnten wir nicht.

Das war unsere Politik. Welches war die Politik der Nationaldemokraten? Seit der Versöhnung des Abgeordneten Napieralski mit dem Abgeordneten Korfanty stießen sie gegen uns durch nichts begründete Verdächtigungen aus, riefen sie nur Mißtrauen unter dem Volke gegen uns und unsere Arbeit hervor, und weil es ihnen an sachlichen Argumenten fehlte, griffen sie uns in unwürdiger Weise persönlich an. Was sie in ihrem Blatt zu schreiben sich schämten, das streuten sie mündlich auf geheimen Zusammenkünften aus, ohne in ihren Mitteln wählerisch zu sein. Um ihr Dasein und ihre angeblichen Einflüsse in Schlesien zu dokumentieren, steckten sie sich zwei Ziele: zunächst wollen sie das Mandat aus dem sichersten Wahlkreis Pleß-Rybnik für sich einheimen, und sie haben für den Preis dieses Mandats ein ruhiges Verhalten angeboten, und zweitens wollen sie im Wahlkreis Ratowitz-Zabrze die Kandidatur des Herrn Korfanty umstoßen. Welche Mittel sie zu diesem Zwecke anwandten, ist schwer zu beschreiben. Weniger von Bedeutung ist, daß Herr Dr. Seyda seine Stellung als Vorsitzender des Kreiskomitees zu Parteizwecken mißbraucht hat. Die endgültige Dokumentierung der Kräfte der Nationaldemokraten sollte die Hauptwahlversammlung in Zalesie sein. Dort haben die Nationaldemokraten von Anfang an den Boden in ihrer Weise bestellt. Sie haben sich verrechnet, denn dort erlitten sie die schändlichste Niederlage trotz der ihnen von den Sozialdemokraten geleisteten Hilfe, mit denen sie sich in dieser Versammlung verbrüder-

hatten. Der Kurjer Poznański schreibt, daß bei der Abstimmung über die Tagesordnung unsere Kräfte den Nationaldemokraten das Gleichgewicht gehalten hätten, dann muß er aber zugeben, daß in das Komitee nur unsere Anhänger gewählt worden sind. Und die Gültigkeit der Wahl stellt er gar nicht in Frage, wie dies auch Dr. Seydas Blättchen nicht tut. Die Sache verhielt sich so, daß über die Tagesordnung durch itio in partes abgestimmt wurde. Herr Drenza erklärte anfänglich, es sei schwer zu sagen, auf welcher Seite sich die Mehrzahl befinde, weil sich auf der Seite der Nationaldemokraten sehr viele Frauen, Mädchen und Knaben befänden. Wenn man diese aber abrechne, so sei auf unserer Seite entschieden die Mehrheit.

Bei der Wahl der Komiteemitglieder stimmten nur Männer durch Erheben der Hände, und hier zeigte es sich, daß die vereinigten Nationaldemokraten und Sozialdemokraten kaum hundert Hände für sich zählen konnten, wiewohl sie Helfershelfer aus der Stadt und aus anderen Wahlkreisen hatten und sich ganze Hunderte von Händen für sie erhoben. Da fingen die Nationaldemokraten an, Lärm zu machen, Tische umzustürzen, unsere Anhänger zu schmähen, und sie wollten das unlängst von ihnen beschlossene Reglement umstoßen. Die Führer der Nationaldemokraten glaubten, daß sie auf Grund des neuen Reglements in Zalesie ihre Leute ins Komitee durchbringen würden, die man im gegebenen Falle für ihre Handlungen nicht werde zur Verantwortung ziehen können. Der Abg. Korfanty ließ indeß die Kräfte der Nationaldemokraten und unserer Anhänger zählen. Er überzeugte sich, daß auf unserer Seite die ungeheure Mehrheit sei, war mit der Beschließung des Reglements einverstanden und reinigte das Wahlkomitee gründlich von den Herren Demokraten. Wir wundern uns über die politische Naivität der Herren Nationaldemokraten, daß sie nicht verstanden haben, warum Herr Korfanty seinen Antrag gegen die Beschließung des Reglements zurückgezogen hatte. Der Kurjer Poznański kündigt bombastisch an, die Nationaldemokraten würden ihre Pflicht erfüllen. Möge er gefälligst die in der Versammlung anwesenden Redakteure des Ratowitzer Blättchens der „Demokraten“ befragen, und diese werden ihm beschämt eingestehen müssen, daß ihre Anhänger in Zalesie aus vollem Halse schrien: „Wir werden unsere Stimmen den Sozialdemokraten geben“. Herr Biniszkiewicz freute sich sehr, und wer weiß, ob er nicht ein Danktelegramm an die Führer der Nationaldemokraten für eine solche Vorbereitung seines Grund und Bodens übersandt hat. Wir bitten, von dem hohen Piedestal herabzusteigen, den Mantel stolzer Ritter abzulegen und der Wahrheit in die Augen zu schauen.

Es gelang den Nationaldemokraten nicht, das ersehnte Ziel zu erreichen, es zeigte sich, daß die Nationaldemokraten in Schlesien ohne Einfluß sind, sie erlitten eine vollständige Niederlage, und sich das Mäntelchen von Oberpatrioten anlegend, sagen sie jetzt: Wir ziehen uns zurück! Nein, die Trauben waren zu sauer! Wir kennen die Stimmung des schlesischen Volkes besser als die Redakteure des Kurjer Poznański und seiner schlesischen Helfershelfer. Der Wille des Volkes hat sich in zahlreichen Versammlungen kundgegeben und wir haben diese Kundgebungen mit eigenen Augen, ohne die Brille des Parteihasses gesehen.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 246 des Postep (Posen)
vom 27. Oktober 1911

Serbei zur nationalen Arbeit!

Essen im Oktober.

Die gegenwärtige Zeit verlangt von uns, in allen Gebieten des sozialen Lebens das zu verteidigen, was uns am teuersten ist, und dort einen Damm zu schütten, wo unsere Stellung bedroht erscheint. Wenn unsere Gesamtheit der uralte Feind quält, wenn uns sogar die zum Leben so notdürftige Luft gemäß der Forderung der Haktisten abgemessen und abgewogen, wenn endlich jedes in uns glimmende Lebensfünkchen ausgelöscht und unterdrückt werden soll, so müßten wir in der Verzweiflung kalter gefühlloser Stein werden, um solchen mit einem Wort barbarischen Schikanen gegenüber untätig zu bleiben.

Es ist natürlich, daß wir in unsrer Gesamtheit noch sehr viel Leute haben, welche die von den Haktisten auf uns herabfließenden Wohltaten nicht durchschaut haben und in ihrer Verblendung die Hiebe nicht fühlen, welche uns die Haktisten so oft verabreichen.

Allein auf den Gedanken hin, daß wir über ein Jahrhundert in der größten politischen Sklaverei leben und alle Augenblicke Ausnahmegesetzen ausgesetzt sind, die dahin zielen, um uns den Todesstoß zu versetzen, muß das Herz bluten, wenn man sieht, daß wir statt einig in der Verteidigung unsrer heiligsten nationalen Rechte zu arbeiten, leidenschaftliche Bruderkämpfe führen, welche unsere Kräfte schwächen und die ganze nationale Arbeit erschweren. Wenn wir nur so beiläufig daran denken würden, welcher Schaden uns seitens unsrer Bufenfreunde zugefügt wird, wenn wir einmal nur auf unsere nähere Umgebung einen Blick werfen wollten, so hätten wir der uns von den Haktisten erwiesenen Wohltaten bis über die Ohren genug, und in unseren Herzen müßte ein kräftigerer Pulsschlag unseres Lebens einsetzen.

Doch obwohl man uns aller uns garantierten Rechte beraubt hat, und wenn man uns bis an den Bettelstab bringen würde, so spielen wir trotzdem noch das geduldige Schaf, welches der Gefräßigkeit unseres Gegners zum Opfer fällt. Wenn es an eine Dammlegung gegen die uns drohende Gefahr geht, so reden wir zu Straußen,^{*)} ringen die Hände und sprechen schließlich: Möge es Gott ihnen vergelten. Das letztere ist sehr gut, trifft jedoch nicht immer zu, wenn die Leute untätig bleiben und nicht gewillt sind, mit Hand an das, was uns drückt, zu legen.

Dagegen können wir unter den eigenen Stammesbrüdern im eigenem Schoße verbissene und haßerfüllte Kämpfe führen. Wir verstehen uns gegenseitig schändliche Hiebe zu versetzen, nicht achtend, ob wir damit eine abscheuliche Tat begehen oder nicht, nur um die entflammte Leidenschaft zu beruhigen. Ergeht es dem Feinde in allen seinen Absichten gut, so freuen wir uns herzlich, ist aber die Existenz des eigenen Stammesbruders bedroht und neigt sie zum Untergang, so lächeln wir ironisch und freuen uns, daß jener Landsmann in Kürze ebenso wird in die Fabrik oder zur Schicht gehen müssen, wie die andern. Das bedeutet das völlige Verkennen der Sachlage und den auf jedem Schritt sich zeigenden Rückschritt im nationalpolitischen Bewußtsein, welches unsere Kräfte schwächt und die Verhältnisse unserer sowieso schon unangenehmen Lage verschlimmert.

^{*)} Anspielung auf den Strauß, der bei Gefahren den Kopf in den Sand stecken soll (Anm. d. Red. d. Ges.-überbl.).

Wir wünschen unserem Feinde jegliches Wohl-
ergehen, obwohl er uns wie gefesselte Sklaven hält. Dem Feinde wissen wir zu schmeicheln, obwohl er uns brennende Wunden schlägt. Wir reichen dem Feinde die Hand zum Frieden und zum gleichen herzlicher Liebe, und sind energisch bemüht, unter den eigenen Brüdern das Gift des Haders der uns oftmals vor die Gerichtsschranken führt, einzupfropfen.

Dem Feinde stehen wir in jedem Unglück hilfsreich zur Seite, dem eigenen Stammesbruder dagegen vermehren wir das Unglück durch Boykott, Verleumdung und Ehrabschneidung. Unser Feind schweigt im Überfluß, ist bis an die Zähne bewaffnet, und trotzdem eilen wir ihm zur Hilfe, beugen vor ihm die Stirn und knien vor ihm nieder, mit einem Wort, wir unterhalten mit ihm die herzlichste Freundschaft vom einfachsten Menschen angefangen bis hinauf zu den größten Aristokraten. Doch nicht nur die sichtbaren Feinde versetzen uns schändliche Hiebe, sondern das tun auch die versteckten Feinde, welche unsere herzlichsten Freunde zu sein vorgeben. In Wirklichkeit sind diese Freunde viel schlimmer als die offenen Feinde, weil sie in versteckter Weise bemüht sind, uns unserer bürgerlichen Rechte zu berauben. Und zum Entgelt dafür erweisen wir ihnen verschiedene Gefälligkeiten, loben sie bis in den Himmel, daß sie gerecht, so barmherzig und wohlthätig seien — weil sie uns in der Kirche einen Platz anweisen und uns erlauben zu beten.

Dagegen scheinen wir ganz zu vergessen, daß mit Hilfe dieser gerechten, wohlthätigen und barmherzigen Leute die Gesamtheit aller Rechte beraubt worden ist. Bei dieser ganzen Freundschaft sausen und sausten Hiebe auf unsere Gesamtheit herab und oftmals legten wir aus nationalen Interessen am Altar dieser Freundschaft Opfer nieder. Blicken wir doch etwas rückwärts, und wir werden die uns so gnädig erwiesene Wohltat erblicken. Sogar der Bruchteil der Gesamtheit, welcher ihnen Lobeshymnen sang wird anerkennen müssen, daß mit Hilfe dieser gerechten Leute die bisherigen antipolnischen Gesetze geschmiedet worden sind.

Landsleute! Es rückt die Zeit der gemeinschaftlichen Arbeit heran, wo wir Gelegenheit haben werden gegen die uns treffenden Hiebe mit einer Tat zu manifestieren. Es steht zu erwarten, daß wir die Würde unserer Nation werden zu schätzen verstehen, daß bei uns alle diese hitzigen tendenziösen Kämpfe aufhören und wir mit vereinten Kräften jeglichen Gelüsten unsrer Feinde verschiedener Art entgegentreten werden. Besonders die wahren Polen und Polinnen mögen schon jetzt energische Anstrengungen machen, um die Unaufgeklärten für die national soziale Angelegenheit zu gewinnen, indem sie sie zum Beitritt in Wahl- oder andere Vereine, welche nationale Ziele verfolgen, auffordern. Täuschen wir uns nicht durch die Hoffnung, daß wir durch Schmeichelei von unseren Gegnern für uns irgend welche Rücksichten und für die Sache irgend welche Erleichterungen erkaufen werden, denn die heutige Zeit gibt uns in dieser Hinsicht keinerlei Garantien.

Folgen wir nicht den Einflüsterungen von Personen verschiedener Schattierungen, auch wenn es Personen — das kommt sehr oft vor — im geistlichen Kleide wären, (das bezieht sich auf die Stammesbrüder in der Fremde), welche uns durch ihre Drohungen einschüchtern möchten. Denken wir immer daran, daß die Zusammenziehung unsrer Kräfte auf nationalem Gebiet ein Zeichen zum schnelleren Bau unseres künftigen Gebäudes, und auch ein Zeichen einer besseren Schulung auf dem Gebiet der Aufklärung und Politik, mit einem Wort, daß das ein Zeichen zur Erreichung freier Augenblicke in unserer Lage ist, die ein jeder von uns sicherst möglichst bald wünscht. Nardem.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 493 der Nowa Reforma (Kraufau)
vom 27. Oktober 1911:

Kämpfe im preussischen Teilgebiet.

In Posen hat sich die Regierung gerade in dem Augenblick, als der neue Oberpräsident D. Schwartzkopff sein Amt übernommen hat, auf dem Gebiete des Schulwesens eine neue Gewalttat der polnischen Bevölkerung gegenüber zu schulden kommen lassen. Es ist nämlich beschlossen worden, mit dem 1. April d. J. die letzte polnische Privattöchterchule in Posen, die Pension des Fräulein Warnka zu schließen. Diese Anordnung ist mit angeblichen Mängeln, die bei der letzten Revision festgestellt worden sind, und mit dem hohen Alter der Schulvorsteherin begründet worden. Polnischseits ist eine mit 4000 Unterschriften versehene Petition gegen die Schließung der Schule an die Regierung gerichtet worden. Infolge Bemühungen der polnischen Stadtverordnetenfraktion in Posen hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, diese Petition zu unterstützen. Der Ausgang dieser Aktion wird auch der beste Beweis dafür sein, welche Stellung der neue Posener Oberpräsident in der polnischen Frage einnimmt und ob man unter seinem Regiment wenigstens mehr Unparteilichkeit wird erwarten können, als bisher der Fall gewesen war.

Ebenso dauern die bisherigen Verfolgungen und Schikanierungen der polnischen Bevölkerung auf jedem anderen Gebiete des öffentlichen Lebens ohne Unterbrechung und sogar ohne jegliche Milderung fort. Die polnischen Vereine sind fernerhin gezwungen, um fast jede Versammlung, um jeden Vortrag oder sogar um ein unschuldiges Vergnügen mit der Polizei förmliche Kämpfe zu führen. Das alles vergrößert nur die allgemeine Erbitterung und raubt sogar bekannten Versöhnungsparteilern jegliche Hoffnungen und Illusionen. Daher ziehen sich manche von ihnen immer mehr vom öffentlichen Leben zurück. Gegenwärtig hat auch der bekannte Abgeordnete v. Dziembowski erklärt, daß er in Zukunft ein Abgeordnetenmandat nicht mehr annehmen werde. So wartet also der polnischen Bevölkerung im preussischen Teilgebiet ein weiterer Kampf, ein weiteres Ringen mit der Übermacht des Feindes. Es wird sich höchstens die Form des Kampfes ändern, nicht aber sein Wesen und seine Richtung.

Aus Nr. 293 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 25. Oktober 1911:

Der Krieg des Kardinals Kopp.

L e m b e r g, den 25. Oktober.

Ein unerhört merkwürdiges Verhältnis besteht zwischen dem Würdenträger der Diözese Breslau, Kardinal Kopp, dem ihm unterstellten Klerus und dem polnischen Volke! Der Fürstbischof führt mit denjenigen Geistlichen, die nach den Weisungen der politischen Zentrumsparterie arbeiten wollen, Krieg; er entbindet von den seelsorgerischen Pflichten die ungehorsamen Geistlichen, leitet gegen sie kanonische Prozesse ein, und die Vikare wirft er von einem Ende des Landes an das andere Ende desselben, damit sie nirgends heimisch werden und auf die Parochianen keinen Einfluß gewinnen; auch mit seinen Diözesanen führt er Krieg.

Die Parochianen erheben sich laut gegen die Geistlichen, welche dem Fürstbischof gehorham sind; in einigen Parochien verlassen die Parochianen ostentativ

das Gotteshaus, wenn ein Geistlicher aus dem bischöflichen Lager die Messe liest oder die Predigt hält. Man hat eine Denkschrift verfaßt, welche die Vorwürfe enthält, die das Volk dem Fürst-Bischof macht, und diese Denkschrift wird gerade jetzt vom Volke unterschrieben, späterhin soll sie an alle Bischöfe Europas und die katholischen Zeitschriften gesandt werden. Gleichzeitig sollen zwei Geistliche, welche Abgeordnete sind, dem Papste eine Beschwerdeschrift über den Würdenträger der schlesischen Diözese überbringen; und diese Beschwerdeschrift soll angeblich mit krassen Beweisen der durch den Fürstbischof vorgenommenen Beugung der Kirchenregeln zugunsten der Verwaltungsbehörde unterstützt sein.

Mit einem Wort, in Oberschlesien hat sich zwischen dem polnischen Volke und dem Fürstbischof ein sehr häßliches und sehr anstößiges Verhältnis herausgebildet; ein Verhältnis, welches dem Katholizismus sehr schädlich ist, denn es schwächt nicht nur das Ansehen der Geistlichkeit, sondern es ermuntert überdies noch zum Anhören der Agitatoren, welche von lutherischen Pastoren und von den Bekenntnisgemeinden der mährischen Brüder ausgesandt werden. Bisher bilden neun Zehntel der katholischen Bevölkerung Oberschlesiens die Polen, Leute, die religiöse Sachen sehr ernst behandeln. Nur deswegen ist es noch zu keinem kirchlichen Zwiespalt gekommen, aber auch dieses kann schließlich geschehen.

Die Streitursache ist durchaus politischer Natur. Der Fürstbischof war immer ein eifriges Mitglied der katholischen Zentrumsparterie, und jetzt, als diese Partei Regierungspartei geworden ist, unterstützt er sie um so mehr. Dagegen wandte sich die ganze polnische Bevölkerung Schlesiens ohne Ausnahme von dieser Partei ab oder ist zu ihr kühler geworden, nachdem sie Regierungspartei und Bundesgenosse der Junker geworden ist. Diese polnische Bevölkerung ist gar nicht oppositionslustig, im Gegenteil, eine unerschütterliche Loyalität gegenüber dem Königshause beeinflusst im starken Maße auch ihre politische Handlungsweise. Zwei Punkte gibt es nur, welche anzugreifen sie nicht erlaubt: die Religions- und die Sprachenfrage. Dem Volke ist es gleichgültig, wie die preussische Verwaltung seine Sprache nennt: ob polnisch, schlesisch oder anders — nur soll man sie nicht verfolgen. Und gerade die versteckte Verfolgung hat sich seitdem bedeutend vergrößert, seitdem das Zentrum, nachdem es Regierungspartei geworden ist, aufhörte, im Reichstage die Übergriffe der lokalen Verwaltungen zu geißeln. Vor einigen Tagen erst beschrieb Herr Korsantj im Reichstage diese Übergriffe, worüber wir schon einen umfangreichen telegraphischen Bericht erstattet haben.

Das kühle Verhältnis der Schlesier zum Zentrum wird diese Partei bei den im Januar stattfindenden Reichstagswahlen höchstwahrscheinlich einige Mandate kosten. Um also dieser Niederlage vorzubeugen, hat der Fürstbischof dem Klerus befohlen, zugunsten der Zentrums-kandidaten zu agitieren und den Parochianen für den Besuch der polnischen Wählerversammlungen, welche auf offenem Felde stattfinden, weil die Polizei nur den Anhängern des Zentrums es erlaubt, in Gebäuden zu tagen, mit kirchlichen Repressalien zu drohen.

Aus diesen Anfängen heraus entwickelte sich nunmehr der Kampf des Fürstbischofs mit dem Volke und dem Teil der Geistlichkeit, welche polnisch fühlt. Die deutschen Geistlichen fingen in ihren Predigten an, die polnischen Geistlichen „fremde Leute“ zu nennen, die im Herzen keine christliche Liebe hätten, sondern durch weltlichen Ehrgeiz besessen im Schafstall Christi Zwiespalt säten.

Auf die Beschwerde der polnischen Geistlichen hin hat der Fürstbischof mit dem Verbot der Teilnahme der Geistlichkeit an irgendwelcher politischen Ver-

anstellung geantwortet. Leider hat man in der Praxis dieses Verbot nur den polnischen Geistlichen fühlen lassen, die deutschen Geistlichen berufen fortwährend Zentrumsversammlungen ein. Die polnischen Geistlichen fingen nach dem Beispiel der deutschen Geistlichen an in Versammlungen zu reden, dafür erhielten sie vom bischöflichen Konfistorium Strafen, was sogar einige deutsche Geistliche für unrecht hielten. Die Leidenschaftlichkeit wuchs von Fall zu Fall auf beiden Seiten — bis es schließlich zum offenen Kampfe gekommen ist, der nur den Feinden der katholischen Kirche wird Nutzen bringen.

Aus Nr. 131

des Deutschen Volksblatts für Galizien (Lemberg)
vom 20. Oktober 1911:

Tschechisierung reichsdeutscher Ortsnamen.

Man muß es den Tschechen lassen: Sie treiben ihre Ausdehnungspolitik durchaus folgerichtig und suchen ihre völkischen Belange allüberall zu befriedigen. Oft wird es uns bei derartigen Versuchen anmuten, als handle es sich um eine aufgelegte Kinderei, um ein Verzetteln von Zeit und Kraft, aber der Erfolg, welcher gerade durch die Kleinigkeiten, in die sich die tschechische Politik oft „verloren“ hat, herbeigeführt wurde, lehrt uns, ja zwingt uns zu größerer Aufmerksamkeit. Es liegt eben ein fester Plan der Sache zugrunde. Diese kleinen Vorstöße und Tastereien erscheinen uns zu unbedeutend: wir halten es unter unserer völkischen Würde, uns mit sogenannten „politischen Bagatellen“ abzugeben, bis auf einmal aus der winzig kleinen Ursache recht unangenehme Wirkungen sich anzukündigen beginnen.

Es sei hier nur daran erinnert, wie sehr man sich über die vielen „Postwenzeleien“ lustig machte und wie dann auf einmal vor sehr kurzer Zeit die guten Postwenzel fast den gesamten Postverkehr Österreichs durcheinander brachten und der damalige Handelsminister Dr. Weisskirchner seinen ganzen Mut zusammennehmen mußte, um wieder einigermaßen Ordnung herzustellen.

Ein ähnlicher Fall, nur mit noch unerfreulicherem Ausgang, ist der mit der amtlichen Madjarisierung der nichtmadjarischen Städte- und Ortsnamen in Ungarn. Vor ein paar Jahren, als man mit dieser Madjarisierung anfang, hielt kein Mensch es für möglich, daß die budo-kubisch anmutenden Buchstabenzusammenstellungen, die uns da auf einmal statt guter alter deutscher Namen vorgesetzt wurden, sich in der Wirklichkeit durchsetzen könnten. Die Wirklichkeit jedoch lehrt uns, daß das Unwahrscheinliche doch zur Tatsache werden konnte und zwar hauptsächlich infolge der Nachgiebigkeit der österreichischen Behörden und der völkischen Gesichtslosigkeit der bekannten „großen“ Presse in Österreich und im Deutschen Reiche.

Und der Gegenstand, von dem wir heute reden wollen rechnet auch mit der Nachgiebigkeit der österreichischen Behörden und der Gesinnungslosigkeit, welche der weitaus überwiegende Teil der in deutscher Sprache geschriebenen Presse im Reiche und in Österreich in völkischen Belangen auszeichnet.

Das Beispiel der Madjaren, deren Ortsnamenmadjarisierung so vollkommenen Erfolg hatte, hat die Tschechen nicht ruhen lassen. Die Pioniere des tschechischen Chauvinismus und seines Bruders, des Größenwahns, sind diesmal die tschechischen Eisenbahner. Diese Eisenbahner haben unter ihren Zielen die Tschechisierung nicht nur der deutschösterreichischen, sondern auch der reichsdeutschen Städte- und Ortsnamen. Zur Förderung dieser Bestrebungen sind schon

zahlreiche Zeitungsartikel erschienen und außerdem wurde eine Flugchrift herausgegeben, welcher eine Karte angeheftet wurde, auf der alle deutschen Ortsnamen in den Sudetenländern, zahlreiche solcher Namen in Ober- und Niederösterreich und eine große Anzahl in Preussisch-Schlesien, im Königreich Sachsen und im Königreich Bayern tschechisiert werden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die tschechischen Eisenbahner, unterstützt von der anderen tschechischen Bevölkerung, vielleicht zuerst unauffällig und im Stillen, mit der Zeit aber heftiger die Durchsetzung dieser tschechisierten Namen betreiben werden.

Im nachstehenden seien diese Übertragungen festgehalten, damit man sich im Deutschen Reiche unterrichten kann; sie sind oft recht seltsam und nicht selten „bei den Haaren herangezogen“.

Es heißen also Beuthen = Bytom, Königshütte = Kralove, Hütte, Kattowitz = Kattovice, Sohrau = Jarov, Pleß = Pstina, Loslau = Vladislav, Ratibor = Ratibor, Kranowitz = Krenovice, Ratsher = Retr., Leobischütz = Glubice, Bauernitz = Bavorov, Ober-Glogau = Horni Hlohov, Krapitz = Krapkove, Leichnitz = Lesnice, Tarnowitz = Tarnovice, Preiskreischa = Piskovice, Reisse = Risa, Neustadt = Prudnik, Ottmachau = Olmuhov, Patschkau = Packov, Reichenstein = Rychleby, Habelschwerdt = Bystrice, Glas = Kladsko, Löbau = Lubij, Herrnhut = Ochnanov, Ostrik = Ostrice, Zittau = Zitava, Bautzen = Budysin, Bischofswerda = Biskovice, Neukirch = Sloupno, Wehlen = Bollan, Dresden = Drazdany, Sebnitz = Zebnice, Pirna = Perno, Plauen = Plevno, Olmitz = Olesnice, Selb = Zleby, Waldmünchen = Mníchov nad lesy, Türrth = Bavorsky Brod, Cham = Krouba, Zwickau = Svetla, Passau = Pasov; die Lausitz heißt Luzicane, die Ragbach = Racaba, der Regen wird ein Rezen. Weiter wurde in den tschechischen Kulturkreis einbezogen: Raenz = Ramenec, Münsterberg = Zembice, Rimplsch = Remci, Bohrau = Borovo, Zobten = Sobotka, Breslau = Bratislav, Markussa = Misa, Neumarkt = Streda, Kostenblut = Kostomlaty, Jauer = Javor, Striegau = Strihom, Landschut = Lancut, Warmbrunn = Teplice, Liebau = Libava, Liegnitz = Lehnice, Lahn = Lany, Luban = Lubun, Goldberg = Zlata hora, Königshain = Dobruška, Görlitz = Zhořelec, Ujest = Ujezd, Gleiwitz = Gliwice, Rosel = Rozli, Hochkreischen = Nova Cerekev, Oppersdorf = Oprechtice, Schönau bei Landrecht = Sunava, Lauterbach = Litvachy, Herzogswalde = Habartice, Wartha = Warta, Bahna = Džbanov, Wette = Svetlov, Steinau = Stinava.

Außerdem heißt der Osier = Ostry, der Arber = Bělky Javor, der Lusen = Luzny, Rachel = Roklan usw.

Gegenüber dieser tschechisierenden Kleinarbeit dürfen die reichsdeutsche Behörde, und die Presse, besonders in den an Österreich stoßenden Grenzgebieten nicht schläfrig oder nachsichtig sein, sondern sie müssen selbst den kleinsten Versuch, bei den reichsdeutschen Namen Doppel- oder gar Einsprachigkeit zur Geltung zu bringen, sofort und mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Innsbruck.

Alfred Piech.

Aus Nr. 132

des Deutschen Volksblatts für Galizien (Lemberg)
vom 27. Oktober 1911:

„Karpathen-Deutschtum.“

Unter dieser Aufschrift ist in einem Warschauer Wochenblatt Swiat (Die Welt) eine recht interessante Abhandlung eines Krakauer Polen erschienen. Viel- verheißend beginnt er mit den Worten: „Die Saug-

arme des deutschen Polypen verlängern sich". Nun folgt darauf eine geographische Übersicht des deutschen Besiedlungsgebietes von Schlesien begonnen, welches der Verfasser „unser polnisches Land“ nennt, weiter über Ungarn und die Bukowina führt. Aus der Bukowina bringt uns derselbe nach Siebenbürgen, entrollt hier ein sympathisches Bild deutschen Wesens und entdeckt mit Grausen, daß von hier aus der Weg der Germanisation über die Donau und den Balkan nach Asien führt und spricht endlich die düstere Vermutung aus, daß insgedessen die Bewohner unserer vermeintlichen Urheimat noch begeisterte Deutsche werden könnten.

Nun aber tritt der Verfasser mit einer ganz neuen völkerkundlichen Ansicht hervor. Lakonisch meint er: „In Galizien gibt es eigentlich keine Deutschen“. Es ist das jedenfalls ein sehr bequemer und auch kurzer Weg, um das Dasein eines ganzen Volkes zu bestreiten. Es ist das eine Art des Tafelauslöschens mit dem nassen Schwamm, wie sie von den polnischen galizischen Behörden seit langen Jahren geübt wird. Ein Achselzucken und ein kurzes „nie ma“ und Tausende deutscher Schwaben sind von der Völkerkarte Galiziens verschwunden. Jedoch scheint sich der Verfasser nach diesem salomonischen Urteil dennoch besonnen zu haben, denn plötzlich führt er uns nach amtlicher Darstellung 200 000 Deutsche vor, jedoch wird auch dieser amtliche Bericht angezweifelt und 40 000 Deutsche finden ihren Untergang vom galizischen Erdboden unter dem skeptischen Denken dieses Herrn. Er meint nämlich: „Vielleicht sind es nur 160 000. Hier scheint das galizisch-jüdische Handelssystem Einfluß gehabt zu haben. Der Verfasser kann nicht umhin, eine gewisse Anzahl Deutscher einzugestehen, und da ihm das schwer gewesen zu sein scheint, handelt er schnell eine runde Summe davon herunter.

Interessant ist es, wie der Verfasser die deutsche Besiedlung Galiziens darstellt. Nach seiner Auffassung hat das Land die deutschen Ansiedler aus „selbstmörderischer Gastfreundschaft“ herbeigerufen. Gewiß eine sehr edle Absicht, welche aber jeder, der die galizisch-polnische Kultur genügsamkeit und Bedürfnislosigkeit kennt, nicht für glaubwürdig halten wird. Das Galizien in seiner Josefinitischen Zeit befand sich in seiner kulturellen Verwilderung, welche wieder vom polnischen Alerus und Noel aus bloß eigennütziger Absicht herbeigeführt und erhalten wurde, so wohl, daß es schwerlich das Bedürfnis nach deutscher Kultur empfand. Erst der Ruf Josef II., welcher auch dieses Land europäischer Kultur und Zivilisation zugänglich machen wollte, führte jene Tausende deutscher Bauern und Handwerker zu kultureller Erschließung in das damals völlig darniederliegende Land. Die Folgen dessen sind bereits seit langer Zeit deutlich sichtbar. Im ganzen Lande ging es kulturell in die Höhe, die beispiellose Armut und das Elend des eingeborenen Volkes wich nach und nach. Und wenn Galizien noch immer einen gewissen schlechten Ruf in der europäischen Kulturwelt besitzt, so sind die Ursache dessen die polnischen Ämter und Behörden, und nicht wie der Verfasser meint, die deutschen Ansiedler, welche nach seiner Ansicht den „kulturellen Ruin“ des Landes herbeigeführt haben.

Nun bringt der Verfasser ein Bild der deutschen Ansiedlungen. Er hält dieselben für so bedeutungslos, daß er ihren völkischen Untergang bereits als vollbrachte Tatsache vor sich sieht. Deutsche Städte gibt es in Galizien nach seiner Ansicht keine außer Biala, Voll Schadenfreude weist er darauf hin, daß auch diese „germanisierte“ Stadt bereits wieder polnisch wird. Wer weiß, ob diese Freude nicht verfrüht ist. Endlich findet er nach langem

Suchen noch eine deutsche Stadt, Wilhelmsau. Sein Urteil darüber lautet: „Es ist eine vorjüdischliche Ansiedlung, deren Bewohner, wenn schon nicht ganz polonisiert sind, so doch zum größten Teil. Sie sind ein sprachliches und ethnographisches Wunder. Der Verfasser scheint vor lauter Wundern die neueste Gründung einer Schulvereinsortsgruppe dortselbst übersehen zu haben, sonst hätte er seinen triumphierenden Ton über die Polonisierung dieser Stadt ein wenig gedämpft.

Ebenso freudig berichtet er, daß die Josefinitischen Kolonien besonders im Westen in großem Maße dem Einfluß ihrer Umgebung unterlegen sind. „Ganze Siedlungen sind polonisiert; die anderen aber haben sich mit den Polen eingelebt — (welche Ansicht sehr zu bestreiten wäre). „Sie zeigen keinen nationalen Haß und erfreuen sich eines gewissen Respekts bei ihren polnischen und ruthenischen Nachbarn.“ Nun aber scheint der Verfasser auf den „kulturellen Ruin“ des Landes infolge der Germanisation gänzlich vergessen zu haben. Denn ganz unerwartet rückt er damit heraus, daß diese kulturellen Schädlinge ihre früher erwähnten Nachbarn in der Kultur weit übertreffen. Entweder ist der Verfasser sehr vergeßlich, oder aber ist ihm da unwillkürlich eine im Innersten der intelligenten Polen verborgene wahre Ansicht über den verhaßten „Schwab“ aus der Feder gesclossen. Denn eine wahre Beurteilung des deutschen Volkes in Galizien von Seiten der Polen und ihrer Presse zu finden, ist eine merkwürdige Seltenheit. Es ist jedenfalls auch auf den Sieg der Wahrheitsliebe und besseren Einsicht über polnischen Chauvinismus zurückzuführen, daß uns der Verfasser nun ein wahrheitsgetreues Bild der deutschen Siedlungen und deren Bewohner vor Augen führt.

Sehr lobend und anerkennend ist diese Beschreibung, jedoch hat der Verfasser die rosige Brille auch weiter aufbehalten und sieht auf diese Weise die Schulverhältnisse der Deutschen in ebenso rosiger, aber polnisch angehauchtem Licht. Er sagt: „Der Ausdruck der Zufriedenheit mit den galizisch-polnischen Verhältnissen ist besonders darin zu finden, daß die Anzahl polnischer Schulen mit Bewilligung der Gemeinden immer größer wurde!

Wie es allgemein bekannt ist, haben in Galizien die deutschen Gemeinden bei keiner Behörde eine Aussicht mit ihren berechtigten Schulforderungen im völkischen Sinne durchzudringen. Man kann deshalb von keinerlei Zufriedenheit mit den Verhältnissen sprechen wenn die polnischen Schulen sich mehrten, sondern dieses Zeichen nur als Ausdruck rücksichtsloser Polonisationsarbeit nehmen, welche den Erlässen des österreichischen Reichsvolksschulgesetzes Hohn spricht. Rein deutsche Gemeinden, welche Privatschulen zu erhalten nicht in der Lage waren und deshalb diese Schulen in öffentliche verwandelten, mit dem Wunsche, die deutsche Unterrichtsprache beizubehalten, wurden ohne Rücksicht darauf, mit der sehr zweifelhaften Gnadengabe einer polnischen Schule bedacht. Wahrlich ein Danaergeschenk! Veröffentlichung bedeutet in Galizien soviel wie Polonisierung.

Jetzt erinnert sich der Verfasser unseres galizischen deutschvölkischen Erwachens. Natürlich schreibt er das Verdienst daran den unvermeidlichen Alldeutschen zu. Der Begriff alldeutsch ist bei den Polen als Kennzeichen einer jeden völkischen Regung geworden, ohne daß man aber auf dieser Seite einen Begriff des alldeutschen Programms hätte. Der Verfasser scheint nicht zu wissen, daß die noch junge völkische Bewegung aus dem deutschen Volke Galiziens selbst hervorgewachsen, daß die Urheber dem galizischen deutschen Volke selbst entstammen. Maßlose Bedrängung und Unterdrückung des deutsch-

galizischen Volkes von seiten der Polen hatte diese Rückwirkung hervorgebracht.

Der Verfasser wirft uns höhnisch vor, daß diese Bewegung auf Grund der Agitation und materiellen Unterstützung von Wien und Berlin entstanden ist. Selbst wenn das der Fall gewesen wäre, so würde das nur den völkischen Edelmut unserer Brüder jenseits Galiziens bezeugen. Jedoch, wenn uns kleinere Unterstützungen von dorten zuteil werden, so geschieht dies erst nach dem Not- und Hilfeschrei des deutschen Volkes in Galizien. Diese Gelder entstammen privaten Sammlungen, und nicht wie die polnischerseits verwendeten Agitationsgelder für Schlesien aus der amtlichen galizischen Landeskasse.

Ironisch behandelt der Verfasser die Tätigkeit des Schulvereines und des Gustav-Adolf-Vereines in Deutsch-Galizien. Auf den Gustav-Adolf-Verein, der eine rein religiöse Organisation ist, haben es die polnischen Zeitungsschreiber besonders abgesehen und wird dieser Verein stets als Schreckensgeist hingestellt, obwohl viele polnische und tschechische evangelische Gemeinden von ihm unterstützt werden. Volksblatt und Bund haben als völkische Einrichtungen noch nicht einen Pfennig vom Gustav-Adolf-Verein erhalten.

Es ist aber auch sehr kennzeichnend für die Kampfesart der Polen, daß selbst durchaus humanitäre Anstalten und eine ebensolche Tätigkeit des Pfarrers Zöckler, bloß weil sie auf einer gewissen nationalen Grundlage fußen, gegen die Angriffe und gegen die Verhöhnung nicht gesiegt sind. Es mag den Polen gewiß unangenehm sein, daß unser Volksblatt polnisch-galizische Zustände in die westliche Öffentlichkeit bringt, welche nach der Ansicht des Polen keine Einsicht in diese Verhältnisse haben soll, denn er sagt: „In scharfgehaltenem Tone tritt man gegen die polnische Wirtschaft auf“. Unser Volksblatt ist eben deshalb den Polen ein Dorn im Auge, weil es die chinesische Mauer der Vertuschung, welche die bekannte Wirtschaft vor dem Einblick des Westens decken sollte, durchbrochen hat.

Daraus und noch aus anderen Anzeichen sieht der Verfasser das Entstehen einer, wie er sich ausdrückt, „Neuen dritten Nation“ in Galizien. Daraus ist zu schließen, daß die Polen bereits das Untergehen der Deutschen im Polentume als vollzogen betrachtet hatten.

Sehr zynisch ist auch die Beschreibung der Entwicklung unserer Bewegung gehalten. So heißt es: „Die neugegründeten deutschen Schulen kapern für sich Eltern und Kinder!“ Natürlich ist es gegen die Rechnung der Polen, daß nun auch die Deutschen in Galizien ihre Kinder in der deutschen Muttersprache unterrichtet wissen wollen. Die deutsche Schule setzt eben eine hindernde Schranke gegen die Polonisierung. Weiter heißt es: „Mit guten Folgen arbeitet der Terrorismus“. Hier scheint der Verfasser ebenfalls vergessen zu haben, daß in Galizien kein Mittel zu schlecht ist, wenn es gilt, deutsche Sprache und Volkstum auszurotten. Auf welcher Seite der Terrorismus ist, das haben die letzten Reichsratswahlen gezeigt, bei welchen eine Hauptrolle der Agitation, Drohungen, Steuererhöhungen und weitere so „harmlose“ Mittel spielten. Aus Diesem und Ähnlichem können wir nun entnehmen, woher die früher beschriebene Zufriedenheit mit den Verhältnissen unter den Deutschen stammte. Es ist eine lächerliche und sonderbare Taktik der Polen, daß ihre völkische Arbeit heilig und notwendig selbst dort ist, wo dieselbe ganz unangebracht ist, und daß sich in diesen Dienst selbst Alerus und Religion stellt, und daß die Kanzel durch chauvinistische Agitation profaniert wird, während jede noch so berechnete völkische Abwehr unsererseits sofort als alldeutsche Propaganda und völkische Eroberungs-

politik hingestellt wird. Mit Verleumdung und Beschimpfung zu kämpfen ist unehrlich. Hierher gehört es auch, wenn der Verfasser sagt: „Drohend sind die Karpathen-Deutschen durch die Millionen semitischer Reserven“. Dieser Vorwurf trifft das galizische Deutschtum nicht im geringsten, sondern fällt vollständig auf das polnische Volk zurück, welches eine große Anzahl seiner geistigen und kulturellen Vertreter aus den Reihen der Semiten entlehnt, und trachtet, jenes asiatische Volk als gleichberechtigte Konnationale im Polentume aufgehen zu lassen.

Durch solche und ähnliche Verdrehungen der Tatsachen wird es den Polen nie gelingen, die Spitze unserer Bewegung abzubringen und dem Westen eine falsche Ansicht darüber beizubringen, sondern es wird sich diese Bewegung, welche aus den Tiefen des Volkes sprießend, darin feste Wurzel gefaßt hat, in absehbarer Zeit siegreiche Bahn brechen.

Erwin Mirsch.

Aus Nr. 131 des Deutschen Volksblatts
für Galizien (Lemberg)
vom 20. Oktober 1911:

Schändliches Vorgehen eines allpolnischen Pfarrers.

Felizienthal.

Vor kurzer Zeit war ein Vertrauensmann des Bundes in der Sprachinsel Annaberg-Felizienthal, bei welcher Gelegenheit eine Anzahl Volksgenossen den Bundeskalender bestellte. Die Bundesleitung sandte am 27. September die Kalender an Nikolaus Ziller, Leiter des Warenhauses in Felizienthal mit der Bitte, diese zu verteilen. Am 9. Oktober kamen die Kalender mit folgender Aufschrift zurück:

Geloopt sai Jessom Hristus

Geehrter Herr

Di gesendeten Kalender welche sie an das Daitsche Warenhaws gesendet habt haben wejr nicht ferlank die habe ich kain Recht afsuneme die Kalender werden durch Postpaket returiert durch unseren kristlichen Feran Auszus

Nikolaus Ziller.

Wie die Bundesleitung sofort richtig vermutete, stammt diese Aufschrift nicht von Herrn Ziller, sondern vom dortigen allpolnischen Pfarrer, der die Pakete unrechtmäßiger Weise von der Post erhob, sie öffnete und zurück schickte. Daß dem so ist, beweist nachstehender Brief, den die Bundesleitung am 17. d. Mts. erhielt:

Geehrter, teurer Bund!

Ich habe in Erfahrung gebracht, daß unsere Kalender schon geschickt worden sind und wir haben noch keine bekommen. Der Geistliche soll die Kalender abgenommen haben und gibt sie nicht heraus. Wir bitten, uns die Kalender nochmals zu schicken. Der Herr Nikolaus Ziller hat mir gesagt, daß er die Anweisung (soll heißen Postbegleitadresse Anmerk. d. Schriftl.) bekommen hat und der Briefträger hat die zwei Pakete dem Geistlichen gegeben.

Achtungsvoll

N. N.

Der Schreiber dieses letzten Briefes ist der Bundesleitung als ehrlicher, braver Mann bekannt.

Das ist wieder ein Beispiel, wie es die allpolnischen Heppaffen in unseren deutschen Gemeinden

treiben. Uns tut es immer furchtbar leid und kostet uns große Überwindung, gegen allpolnische Geistliche zu schreiben, weil man uns von dieser Seite vorwirft, daß wir gegen die katholische Religion heken. Wir erklären auch diesmal, daß wir unseren katholischen Brüdern ihre heilige Religion nicht herabsetzen und die wahrhaft christliche katholische Geistlichkeit nicht verunglimpfen wollen. Das Volksblatt sowie der Bund der christlichen Deutschen in Galizien stehen auf christlicher Grundlage, da beide selbstlos für unser christlich-deutsches Volk in Galizien eintreten und an der wirtschaftlichen und geistigen Hebung und Entwicklung desselben arbeiten.

Aber sollen wir dem Treiben eines solchen allpolnischen Pfarrers zusehen, ohne dasselbe höher zu hängen? Kann ein Pfarrer, der zu **Lug und Trug** seine Zuflucht nimmt, ein christlicher, röm.-kathol. Seelenhirt genannt werden?

Für unsere deutschkathol. Gemeinden wahrhafte deutschkathol. Priester, das muß von nun an ständig unsere Losung sein!

An die k. k. Postdirektion richten wir die Anfrage, wieso es möglich ist, daß Pakete, die an Herrn Ziller adressiert sind, dem Herrn Pfarrer ausgefolgt werden können?

Ihr Volksgenossen in Felizienthal und Annaberg! Lasset euch nicht abschrecken und haltet weiterhin fest an eurem deutschen Volkstum, das nebst der Religion euer heiligstes, höchstes Gut ist. Eure Antwort auf das abscheuliche Vorgehen des Pfarrers sei: Anschluß an den Bund der christlichen Deutschen in Galizien, der alle christlichen Deutschen mit seiner Liebe und mit seiner segensreichen Arbeit umschließt.

